8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes Seite 6/7

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 26 vom 1. Juli 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Haushaltsdebatte im Bundestag

Bonner Parteien - Feinde der Werktätigen

In der vergangenen Woche hat das Parlament in Bonn den Bundeshaushalt für das Finanzjahr 1977/78 verabschiedet. Finanziert durch die Ausplünderung der Werktätigen — Steuererhöhungen waren kurz zuvor beschlossen worden — ist auch dieser Haushalt wie seine Vorgänger eine Quelle der Bereicherung für die Kapitalisten, in deren Taschen Milliarden DM fließen werden, während die ohnehin schon minimalen Sozialleistungen weiter abgebaut werden. Mit weiteren Dutzenden von Milliarden DM werden außerdem Polizei, Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutz usw. und die Bundeswehr ausgebaut, um die Werktätigen besser bespitzeln und unterdrücken zu können, um die Kriegsmaschinerie der westdeutschen Imperialisten für die Aggression gegen andere Völker zu vervollkommnen.

Die Debatte im Bundestag hat gezeigt, daß alle Parteien einig sind, wenn es darum geht, die Werktätigen auszuplündern und zu unterdrücken. Hatte die SPD/FDP-Koalition den Haushaltsentwurf eingebracht, so forderten die Redner der CDU/CSU mit ihrem „Nein zum perfektionistischen Wohlstandsstaat" offen, die Angriffe auf die Werktätigen noch mehr zu verstärken. Im übrigen warf die Debatte ein bezeichnendes Licht auf die Verrottung des Parlamentarismus und den Charakter des bürgerlichen Staates, der im Dienst der kapitalistischen Ausbeuter steht.

Die CDU/CSU hatte die Haushaltsdebatte mit einem Mißbilligungsantrag gegen Bundeskanzler Schmidt eröffnet, weil er, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hatte, 1973, als er noch Finanzminister war, zwei Milliarden DM Subventionen an Bundesunternehmen gegeben hatte, ohne sie vom Parlament bewilligen zu lassen. Ein „schwerer Verfassungsbruch", ereiferte sich die CDU/CSU, eines der „heiligsten Rechte des Parlaments" sei verletzt worden. Welche Heuchler! Die CDU/CSU-Finanzminister haben es ja in der Vergangenheit selbst genauso wie Schmidt gemacht. Sie haben das Geld den Monopolen mit vollen Händen in den Rachen geworfen, ohne sich dazu erst vom Parlament „ermächtigen" zu lassen. Und das „heilige Recht", das hier beschworen wird, existiert ebenfalls nur auf dem Papier. Über den Haushalt wird nicht im Parlament, sondern hinter verschlossenen Türen von den Monopolkapitalisten entschieden.

Die Schmidt und Kohl machen flammende Appelle, wenn es darum geht, die Werktätigen auf das Grundgesetz, die Verfassung der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu verpflichten, für sie selbst und die ganze herrschende kapitalistische Ausbeuterklasse ist die Verfassung allerdings nur ein Fetzen Papier, das sie bedenkenlos umgehen oder brechen, wenn es in ihrem Interesse nötig sein sollte. Ganz abgesehen davon. Dieselben, die sich gerade eben noch scheinheilig über die „Aushöhlung der Rechte des Parlaments" empört hatten, zeigten schon am zweiten Tag der Debatte, wie es um diese „Rechte" wirklich bestellt ist. Die Herren Volksvertreter glänzten nämlich durch Abwesenheit, und „gähnende Leere" herrschte im Plenarsaal des Bundestages, wie die bürgerliche Presse, peinlich berührt, zugeben mußte.

Aber weswegen hätten sich die Abgeordneten auch die Mühe machen sollen? Ihre Diäten hatten sie sich in Honorierung ihrer „schweren Arbeit" schon vorher um 60% erhöht. Und den demagogischen Reden ihrer Fraktionschefs, Minister und „Stars" zu lauschen, die eh nur dazu bestimmt sind, die Werktätigen zu betrügen — da gibt es für einen Abgeordneten „lohnendere" Beschäftigungen. Lenin hatte vollkommen recht, als er sagte: „... die eigentlichen Staatsgeschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien und Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwatzt, speziell zu dem Zweck, das ‚niedere Volk' hinters Licht zu führen."

Hinters Licht darüber zu führen, daß das Parlament kein Volksvertretungsorgan ist, sondern ein Organ der herrschenden Klasse, um das Volk niederzuhalten, zu täuschen darüber, daß sich hinter der Fassade der bürgerlichen Demokratie die Dik-

Fortsetzung auf Seite 2

IG-Drupa verrät den Kampf der Kollegen



Polizei riegelt das Verlagsgebäude des „Weserkurier" ab, um den Kampf der streikenden Arbeiter zu unterdrücken. Siehe auch unseren Artikel auf Seite 4.

EWG-Agrarbeschlüsse

Auf dem Rücken der werktätigen Bauern

Auf dem „Deutschen Bauerntag", der in der vergangenen Woche in Hannover abgehalten wurde, sah sich der Vorsitzende des Bauernverbandes, der Großgrundbesitzer und Schloßherr Freiherr von Heeremanns gezwungen zuzugeben, daß die Bauern „harten Zeiten" entgegengehen. Zugleich aber verteidigte er vollständig die bauernfeindliche Politik der Bundesregierung und die Existenz der EWG, die die Ausplünderung und Ruinierung der werktätigen Bauern in großem Maßstab bedeutet.

So haben die EWG-Agrarminister auf ihrer jüngsten Tagung in Brüssel unter anderem die Erhöhung der Agrarmarktordnungspreise für die deutschen Bauern um durchschnittlich 2,5% beschlossen. Dazu erklärte Heeremanns zynisch, die Landwirtschaft habe hier ein „echtes Stabilitätsopfer" gebracht. „Die" Landwirtschaft? Heeremanns und seinesgleichen, die mit Regierungssubventionen vollgestopft werden, die sich auf profitbringende Produkte spezialisiert haben, die, wie Heeremanns, im Aufsichtsrat von Bayer Leverkusen sitzen und an der Futtermittelindustrie beteiligt sind, die riesige Ländereien besitzen und die Landarbeiter zu Hungerlöhnen ausbeuten (die Landarbeiterlöhne liegen nach einer offiziellen Statistik um 46,9% unter dem Durchschnittslohn eines Industriearbeiters!) brauchen sich allerdings keine Sorgen zu machen.

Für die große Masse der werktätigen Bauern dagegen ist eine Erhöhung der Agrarmarktordnungspreise um 2,5% gleichbedeutend mit einer drastischen Senkung ihres Realeinkommens, für viele bedeutet sie den Ruin. Selbst angenommen, die werktätigen Bauern würden für ihre Produkte, die der EWG-Agrarpreisordnung unterliegen, tatsächlich 2,5% mehr bekommen, würde dies bei weitem nicht die Mehrkosten decken, die sie für den Kauf von Maschinen, Düngemitteln, Futtermitteln, für die Abtragung ihrer Zinsschulden bezahlen müssen. Die Kapitalisten haben nämlich die Preise für diese Produkte im vergangenen Jahr um durch-

Fortsetzung auf Seite 2

Verfassungsentwurf der Sozialimperialisten

Eine durch und durch bürgerliche Verfassung

Kürzlich hat die Breschnew-Clique den Entwurf für eine neue Verfassung der Sowjetunion vorgelegt. Dieser Verfassungsentwurf besiegelt den vollständigen Verrat der sowjetischen Revisionisten am Marxismus-Leninismus. Er ist das Grundgesetz einer kapitalistischen Ausbeutergesellschaft, in der die Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden. Er ist das Grundgesetz eines imperialistischen Staates, der die nichtrussischen Völker der Sowjetunion chauvinistisch unterjocht. Er ist das Grundgesetz einer aggressiven, imperialistischen Macht, die heute — neben dem US-Imperialismus — der größte und gefährlichste Feind des Sozialismus, der Revolution, der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker ist. Darüber können auch alle sozialistischen Phrasen, mit denen die sowjetischen Revisionisten den Klassencharakter ihres Staates und ihrer Verfassung zu verschleiern suchen, nicht hinwegtäuschen.

Staat des ganzen Volkes?

Die Verfassung eines sozialistischen Staates verhehlt ihren Klassencharakter nicht und bekennt sich offen zur Natur ihres Staates als Diktatur des Proletariats. So heißt es im Artikel 2 der Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien: *„Die Sozialistische Volksrepublik Albanien ist ein Staat der Diktatur des Proletariats, der die Interessen aller Werktätigen wahrnimmt und verteidigt."* Die Breschnew-Clique aber, die die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion gestürzt und den Kapitalismus seit langem vollständig restauriert hat, wagt es nicht, sich offen zum Klassencharakter ihres Staates als Diktatur der Bourgeoisie zu bekennen. Sie versucht ihn mit der Formel vom „Staat des ganzen Volkes" zu verschleiern.

In der Präambel des Verfassungsentwurfs heißt es: „Der Sowjetstaat, der die Aufgaben der Diktatur des Proletariats gelöst hat, ist ein Staat des ganzen Volkes geworden." Chruschtschow, der vor 16 Jahren auf dem XXII. Parteitag der KPdSU als erster den „Staat des ganzen Volkes" verkündete, begründete das damit, daß in der Sowjetunion die Ausbeuterklassen liquidiert, die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion deshalb unmöglich, die Diktatur des Proletariats folglich überflüssig sei. In Wirklichkeit wird die Diktatur des Proletariats keineswegs „überflüssig", wenn die Ausbeuterklassen vernichtet sind. Im Gegenteil. Sie ist während der gesamten Periode des Sozialismus absolut notwendig.

Bereits Marx stellte fest: *„Der Sozialismus ist ... die Klassendiktatur des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunter-*

Fortsetzung auf Seite 3

AUS DEM INHALT

Bundeswehr gegen luxemburgische Arbeiter 2
Häftlingstausch DDR-Chile 3
Freundschaftsvertrag DDR-Rumänien 3
Opel/Rüsselsheim — Arbeiterfeind Vetter raus! 4
Kühne, damit's besser schmeckt .. 5
„Die Frauenmiliz der Eintracht Insel" — neuer Roman im Rotfront-Verlag 8
Juni im Bild 9
Der 24. Band der Werke Enver Hoxhas erschienen — Artikel aus „Zëri i Popullit" 10
Raoul Marco über den Begriff „3. Welt" 11
Bauern in Lateinamerika 11

Haushaltsdebatte im Bundestag

Bonner Parteien - Feinde der Werktätigen

Fortsetzung von Seite 1

tatur der Bourgeoisie verbirgt.

Die Regierung hat versagt — so versuchte die CDU/CSU in der Haushaltsdebatte den Eindruck zu erwecken, wenn sie erst die Regierung stellt, werde alles besser. Versagt? Die SPD/FDP-Regierung hat keineswegs „versagt". Sie hat sich als treuer Anwalt der kapitalistischen Monopole erwiesen. Sie hat alle ihre Versprechungen, die sie den Werktätigen vor der Wahl gemacht hat, gebrochen. Ihr Auftrag lautete: Betrügt das Volk mit Versprechungen über Reformen, um desto besser die Schraube der Ausplünderung anziehen zu können, um desto besser die Verwandlung der Bundesrepublik in einen Polizeistaat, die Faschisierung, die Unterdrückung der Werktätigen als „Schutz der Freiheit des Bürgers" verkaufen zu können, um desto besser hinter Entspannungsparolen zum Krieg zu rüsten, um den Werktätigen alle Lasten der Krise mit der heuchlerischen Losung, alle müßten Opfer bringen, aufzubürden.

Genau das haben SPD und FDP getan. Ihr Pech ist nur, daß Tatsachen auf die Dauer stärker sind als die Lügen der bürgerlichen Politiker. Alle können sehen, daß sich die Krise weiter verschärft und die Zahl der Arbeitslosen nicht etwa abnimmt, sondern wächst. Alle können sehen, daß es mit dem vielbeschworenen „Aufschwung" nichts ist, sondern sich im Gegenteil die Lebenslage der Werktätigen verschlechtert. Alle können sehen, daß die „Programme" der Regierung nicht etwa den Werktätigen zugute kommen, sondern den kapitalistischen Ausbeutern. Darum glauben immer weniger Menschen an die Demagogie der Regierung, wachsen ihr Haß und die Empörung auf die Verhältnisse, unter denen sie zu leben gezwungen sind. Die Krise, die nicht nur die Bundesrepublik, sondern alle kapitalistischen und revisionistischen Länder erfaßt hat, führt den Werktätigen von Tag zu Tag mehr vor Augen, daß ihnen der Kapitalismus keine Lösung ihrer brennenden Probleme bringen kann. Die Klassenwidersprüche verschärfen sich.

In allen bürgerlichen Parteien häufen sich die Streitigkeiten, wird der Kampf um die Macht und den Einfluß auf die wichtigen Posten prinzipien- und charakterlos ausgetragen. Die Streitigkeiten und Machtkämpfe haben verschiedene Ursachen, aber alle sind sie Ausdruck der Erschütterung der kapitalistischen Gesellschaft durch die tiefe und allseitige Krise, in der sie steckt. Natürlich geht es dabei auch um den Betrug an den Werktätigen. Ihnen werden „Alternativen", „Konzepte" und „Programme" dieser oder jener Partei, dieses oder jenes „Flügels" präsentiert, die ihnen angeblich einen Ausweg bieten. Gerüchte über eine „große Koalition", Geheimtreffen, Angebote der CDU an die FDP werden ausgestreut, als ob die Ablösung einer Regierung durch eine andere irgendeine Verbesserung der Lage der Werktätigen bringen könnte. Alles das hat den Zweck, die Lüge plausibler zu machen, daß die Parteien den Willen des Volkes verkörpern und der Bundestag der Ort sei, wo die Entscheidungen gefällt werden, auf den die Werktätigen ihre Blicke zu richten hätten, worauf sie, indem sie alle vier Jahre ein Kreuz auf den Stimmzettel machen dürfen, angeblich Einfluß nehmen könnten.

Fallen wir darauf nicht herein. Der bürgerliche Parlamentarismus ist Betrug. Die bürgerlichen Parteien verkörpern keineswegs den Willen des Volkes, sondern die Interessen der monopolkapitalistischen Ausbeuter. Die Ausbeuterherrschaft zu erhalten, die Profite der Krupp und Thyssen zu sichern und zu erhöhen, ist ihre Aufgabe. Die Verteidigung der Interessen und Forderungen der Werktätigen können nur im Kampf gegen den bürgerlichen Staat durchgesetzt werden. Allein seine Zertrümmerung in der gewaltsamen proletarischen Revolution, die Schluß macht mit dem kapitalistischen Ausbeutersystem und in der sich die Arbeiterklasse die Macht, die Diktatur des Proletariats erobert, eröffnet den Werktätigen den Weg in eine sichere und glückliche Zukunft.

Militärvertrag mit Luxemburg

Bundeswehr gegen luxemburgische Arbeiter

In aller Stille haben die westdeutschen Imperialisten vor kurzem mit der luxemburgischen Bourgeoisie ein Militärhilfeabkommen abgeschlossen. Das Abkommen richtet sich in erster Linie gegen die luxemburgische Arbeiterklasse und verschafft den westdeutschen Imperialisten im Fall eines imperialistischen Krieges jederzeit die Möglichkeit, die luxemburgische Grenze „rechtens" zu überschreiten und das Land zu besetzen.

Das Abkommen legt fest, daß beide Seiten gegenseitig Informationen austauschen, daß sie sich gegenseitig ihr gesamtes technisches Material zur Verfügung stellen, daß es beiden Truppen „im Notfall"erlaubt ist, die Grenze direkt (d. h. ohne vorherige Konsultationen) zu übertreten und daß sie sich im Fall eines Angriffes von Außen oder Unruhen im Inneren gegenseitig helfen.

Angesichts der Kräfteverhältnisse, die luxemburgische Armee ist gerade 3.000 Mann stark, kann kein Mensch daran zweifeln, daß es bei diesem Abkommen darum geht, der westdeutschen Aggressions- und Unterdrückerarmee die luxemburgischen Grenzen auch über die in den NATO-Verträgen festgelegte Zusammenarbeit hinaus zu öffnen. Dies beweisen auch klar die folgenden Tatsachen:

Schon vor einiger Zeit wurde zwischen der luxemburgischen Regierung und dem Innenministerium von Rheinland-Pfalz ein informelles Abkommen über den Einsatz des Bundesgrenzschutzes in Luxemburg geschlossen. Tatsächlich beteiligten sich Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes daraufhin an einer Fahndung nach Häftlingen, die aus einem luxemburgischen Gefängnis ausgebrochen waren. Ebenfalls vor einiger Zeit wurde im Luxemburger Erzbekken ein gemeinsames Manöver westdeutscher und luxemburgischer Truppen durchgeführt. Kurz nachdem dort die Massenentlassung von 6.000 Arbeitern bekanntgeworden war. Bei dem Manöver wurde die Niederschlagung der Kämpfe der Arbeiter geübt.

Die deutschen Imperialisten, die in zwei Weltkriegen Luxemburg zweimal überfallen und das Volk unterdrückt haben, bereiten sich jetzt offenbar darauf vor, dies ein drittes Mal zu tun.

Westdeutsche Truppen raus aus Luxemburg!

Auf dem Rücken der werktätigen Bauern

Fortsetzung von Seite 1

schnittlich 10% erhöht.

Aber abgesehen davon. Die Annahme, die Agrarmarktordnungspreise der EWG seien „Erzeugerpreise", kämen also den Bauern zugute, ist ein Trugschluß. Alle Marktordnungen der EWG setzen erst beim Großhandel bzw. bei der Verarbeitungsstufe an. Den Nutzen haben also der kapitalistische Zwischenhandel bzw. die Kapitalisten der Verarbeitungsbetriebe. Ein Beispiel: Der EWG-Agrarmarktordnungspreis für „Milch" bezieht sich nicht auf die vom Bauern gelieferte Milch, sondern z. B. auf Magermilchpulver oder Butter; nicht der Zuckerrübenpreis wird festgelegt, sondern der Zuckerpreis usw. usf.

Als 1974 die EWG die Erhöhung des „Milchpreises" um 8% beschlossen hatte, blieb der Erzeugerpreis der Bauern unverändert. Nutznießer waren die Molkereien und Milchwerke, die die Gelegenheit außerdem dazu ausnutzten, den Verkaufspreis für Trinkmilch von 1,00 DM auf 1,05 DM zu erhöhen. (Zum Vergleich: der Bauer bekam pro Liter ganze 45 Pfennig). So kommt es, daß 1974 der Weizenerzeugerpreis im Vergleich zu zwanzig Jahren vorher um 20% gefallen, der Brotpreis im Laden aber um 200% gestiegen war. So werden die werktätigen Bauern mit Hilfe der EWG-Agrarordnungspreise ausgeplündert und in den Ruin getrieben, während die Profite der Kapitalisten gesichert werden.

Die werktätigen Bauern haben nicht einmal die Möglichkeit, sich zusammenzuschließen, um gemeinsam höhere Erzeugerpreise zu verlangen. Den Gesetzen nach ist nämlich jeder Bauer „Unternehmer". Nach dem Kartellrecht sind Preisabsprachen zwischen Unternehmern aber als „Einschränkung des Wettbewerbs" verboten. Als sich daher im Sommer 1975 20 junge Bauern aus Bondorf absprachen, ihre Braugerste nicht mehr unter einem bestimmten Preis abzugeben, griff das Kartellamt ein (das sonst nichts dabei findet, wenn die Auto- oder Erdölkonzerne in gemeinsamer Absprache ihre Preise erhöhen) und drohte mit Bußgeldern bis zu 100.000 DM.

Auch der zweite Beschluß der EWG-Agrarminister wird die wirtschaftliche Lage der werktätigen Bauern verschlechtern. Sie werden nämlich gezwungen, auf jeden Liter Milch, den sie verkaufen, eine Zwangsabgabe von 0,9 Pfg. an den Staat abzuführen.

Mit anderen Worten, die EWG und der bürgerliche Staat plündern die werktätigen Bauern im Interesse der kapitalistischen Monopole und Banken aus. Sie sind Feinde der werktätigen Bauern.

Kurz berichtet

KORBACH BEI KASSEL

Am 18. Juni wurde in Korbach zum ersten Mal eine Veranstaltung der Partei durchgeführt. Zur Mobilisierung für die Veranstaltung wurde vor den beiden wichtigsten Betrieben, Conti und Mauser, ein Flugblatt verteilt. Außerdem wurde vormittags in der Innenstadt ein Agitpropstand aufgebaut und der „Rote Morgen" verkauft. Die Veranstaltung war ein guter Erfolg. Über zwanzig Freunde und Genossen waren gekommen, darunter viele griechische, portugiesische und deutsche Arbeiter. Nach der Rede eines Genossen der Partei wurde der Film „Rote Raketen" gezeigt. In den Pausen sangen die Genossen des Agitproptrupps der Partei aus Kassel Lieder der revolutionären Arbeiterbewegung. Während der Veranstaltung wurden sieben „Rote Morgen" und zwei Programme verkauft. Für den Kampf der Partei wurden 24 DM gespendet.

MINDEN

Über Pfingsten veranstaltete die Rote Garde Minden im Kalletal ein Zeltlager, an dem 26 Freunde und Genossen teilgenommen haben. Das Lager hat allen Beteiligten viel Spaß gemacht. Es wurde gesungen, einige Genossen trugen Gedichte und Kurzgeschichten vor. Außerdem gab es Geländespiele und eine Nachtwanderung. Am Pfingstsonntagabend startete die Polizei eine Provokation gegen das Lager. Gegen 18 Uhr stellte sich ein Polizeiwagen auf den Parkplatz vor dem Lager, die Polizisten notierten alle Autonummern und warteten. Als der Hund einer Sympathisantin, die auch den Zeltplatz und einige Räume ihrer Wohnung zum Essen zur Verfügung gestellt hatte, in einem unbeobachteten Moment auf ein kleines Kind losging, sahen sie einen Anlaß zum Eingreifen, obwohl nichts passiert war. Sie stürzten aus ihrem Wagen auf eine Genossin zu, die den Hund inzwischen gepackt hatte und in der Haustür stand. Als sie hörten, daß der Eigentümer des Hundes nicht da war, wollten sie ins Haus, um, wie sie sagten, „nachzugucken". Als die Genossen sie nicht ohne Hausdurchsuchungsbefehl reinlassen wollten, zückten sie ihre Pistolen, drohten, den Hund zu töten und drangen mit gezückter Pistole ins Haus ein. Auf das Verlangen, ihre Dienstausweise zu zeigen, reagierten sie nicht.

LAUBACH BEI GIESSEN

Vom 3. bis zum 5. Juni veranstaltete der von den modernen Revisionisten beherrschte „Arbeitskreis Jugendzentrum" ein Festival in Laubach. Die Rote Garde Laubach verteilte aus diesem Anlaß ein Flugblatt, in dem sie die revisionistische Selbstverwaltungsideologie entlarvt, die den Jugendlichen vortäuscht, sie könnten innerhalb des kapitalistischen Systems Inseln der Freiheit erkämpfen. In dem Flugblatt wird der ehrliche Kampf der Jugendlichen für ein Jugendzentrum unterstützt und gleichzeitig die proletarische Revolution und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft als einziger Ausweg für die Jugend propagiert. Außerdem wurden Flugblätter zum „Roter-Morgen"-Pressefest verteilt.

Offen gesagt ...

Eine Hand wäscht die andere

„Wie jedoch die Erfahrungen zeigen, wird das Ganze ausgehen wie das Hornberger Schießen. Eine Hand wäscht schließlich die andere", schrieben wir im „Roten Morgen" Nr. 40/1976, als die Forderung nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß laut wurde, um die Zahlung von Lockheed-Schmiergeldern an Franz-Josef Strauß zu untersuchen. Nun, man begnügte sich mit einer „Arbeitsgruppe Lockheed" beim Bundesjustizministerium. Über ein Jahr hat sie „geforscht" und „untersucht", um jetzt zu verkünden: Man habe keine Beweise dafür gefunden, daß Lockheed einen deutschen Politiker oder eine deutsche Partei bestochen habe.

Keine Beweise?

Daß die Lockheed-Manager, Franz-Josef Strauß und das amerikanische und westdeutsche Justizministerium ein gemeinsames Interesse daran haben, die näheren Umstände eines der größten Waffengeschäfte, das jemals abgeschlossen wurde, im Dunkeln zu lassen, liegt auf der Hand. Strauß, der als Kriegsminister zurücktreten mußte, weil er den Bundestag in der „Spiegel"-Affäre allzu kraß angelogen hatte, hatte nach seinem Sturz fieberhaft ganze Aktenberge aus seinem Ministerium geschleppt, um etwaige Beweise zu vernichten. Diese Akten sind seitdem spurlos verschwunden.

Daß bei der Starfighter-Beschaffung etwas oberfaul war, ist völlig klar. Über Nacht, ohne daß es auch nur einen einzigen Prototyp gegeben hätte, wurde das Millionengeschäft abgeschlossen. Der Starfighter blieb zunächst auf dem Papier, im Laufe der Zeit wurde sein Preis immer höher, als er fertig war, mußte er umgebaut werden, ein Ersatzteil nach dem anderen neu entwickelt und produziert werden — Lockheed kassierte. Um den Starfighter abzusetzen, hat Lockheed Politiker, Generäle und hohe Beamte in Dutzenden von Ländern bestochen. Prinz Bernhard der Niederlande gehört ebenso dazu wie der ehemalige japanische Ministerpräsident Tanaka. Und ausgerechnet Strauß, der nicht nur ein persönlicher Freund des Lockheed-Präsidenten Gross ist, sondern der sich auch auf Lockheed-Spesen mehrmals in den USA amüsierte und dabei verschiedene Abenteuer in den Freudenhäusern von Los Angeles und San Francisco zu überstehen hatte, soll so charakterfest gewesen sein, nicht die Hand aufzuhalten? Das mag glauben, wer will.

Der Starfighter-Kauf war ein schmutziges Geschäft, ein Geschäft, bei dem außerdem rücksichtslos über Leichen gegangen worden ist, das über achtzig Piloten der Bundeswehr mit ihrem Leben bezahlen mußten. Aber was ficht das Strauß an, was ficht das diejenigen an, die die Affäre vertuschen, anstatt sie aufzuklären? Wie wir wissen und wie die zahlreichen Skandale der letzten Zeit gezeigt haben, gehören Bestechung und Korruption zum Alltag des politischen Lebens im Kapitalismus.

Aber wie gesagt — eine Hand wäscht die andere, damit wir, die Werktätigen, nicht allzu deutlich sehen, wie innerlich verfault und moralisch verkommen die Repräsentanten der Ausbeuterklasse sind, die angeblich den Volkswillen verkörpern und mit ihnen das ganze kapitalistische System, für das sie stehen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Verfassungsentwurf der Sozialimperialisten

Eine durch und durch bürgerliche Verfassung

Fortsetzung von Seite 1

schiede überhaupt, zur Abschaffung sämtlicher Produktionsverhältnisse, worauf sie beruhen, zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen."

Auch Lenin und Stalin haben stets die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats während der gesamten Periode des Sozialismus betont. So erklärte Stalin 1936, als die Ausbeuterklassen in der Sowjetunion im wesentlichen liquidiert waren, in seiner Rede zum damaligen Verfassungsentwurf:

„Ich muß zugeben, daß der Entwurf der neuen Verfassung tatsächlich das Regime der Diktatur der Arbeiterklasse aufrechterhält. Wenn die verehrten Kritiker dies für einen Mangel des Verfassungsentwurfs halten, so kann man dies nur bedauern. Wir Bolschewiki aber halten dies für einen Vorzug des Verfassungsentwurfs."

Die Erfahrungen in den 16 Jahren, seit Chruschtschow zum ersten Mal den „Staat des ganzen Volkes" verkündete, haben diese Lehren der Klassiker vollauf bestätigt. Die Theorie vom „Staat des ganzen Volkes" diente den sowjetischen Revisionisten keineswegs dazu, den Kommunismus möglichst schnell zu erreichen, wie sie behaupteten, sondern dazu, den Kapitalismus vollständig zu restaurieren, die ehemals sozialistische Sowjetunion Lenins und Stalins in eine Diktatur der Bourgeoisie zu verwandeln.

Aber die sowjetischen Revisionisten leugnen in ihrem Verfassungsentwurf nicht nur den Klassencharakter ihres Staates. Sie leugnen auch die Existenz der Klassen und des Klassenkampfes. In der Präambel des Verfassungsentwurfs ist von der „Annäherung aller sozialen Schichten" die Rede, Breschnew beschwört in seiner Rede die „zunehmende soziale Homogenität der Sowjetgesellschaft".

Dieses Gerede von der angeblichen „Homogenität der Sowjetgesellschaft" unterscheidet sich kaum von der „Volksgemeinschaftsideologie" der Hitlerfaschisten, der zufolge es angeblich auch keine Klassen mehr gebe. In Wirklichkeit dient die Breschnewsche Ideologie ebenso wie die Hitlers dazu, der Arbeiterklasse die bedingungslose Unterordnung unter die kapitalistischen Ausbeuter zu predigen.

Natürlich wissen die sowjetischen Revisionisten, die die „soziale Homogenität der Sowjetgesellschaft" beschwören genauso wie Hitler, der die „Volksgemeinschaft" beschwor, daß sie die scharfen Klassenwidersprüche nicht auslöschen können. Ihre faschistischen Ideologien und Gesetze dienen vielmehr dazu, die Ausbeutung bis zum Letzten zu verschärfen, auch den geringsten Widerstand gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die imperialistische Bourgeoisie brutal zu verfolgen und zu unterdrücken.

Sozialfaschistisches Regime

Angesichts der wilden faschistischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen in der Sowjetunion ist es nichts als bodenloser Zynismus, wenn es in dem Verfassungsentwurf heißt: „Die Hauptrichtung bei der Entwicklung des politischen Systems in der Sowjetgesellschaft ist die fortgesetzte Entfaltung der sozialistischen Demokratie." Demokratie ist nicht klassenneutral. Sozialistische Demokratie für die Werktätigen kann es nicht geben, wenn nicht die Arbeiterklasse die Staatsmacht in Händen hält, wenn nicht das Regime der Diktatur des Proletariats herrscht.

In einem Staat der Diktatur der Bourgeoisie, wie in der Sowjetunion, kann es für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen keine Demokratie geben. Daß diese angeblich sozialistische Demokratie in der Sowjetunion in Wirklichkeit der Bourgeoisie und allein ihr alle Freiheiten und demokratischen Rechte sichern soll, gibt auch Breschnew in seiner Rede zum Verfassungsentwurf indirekt zu, wenn er gegen den großen Kampf der sozialistischen Sowjetunion Stalins gegen die Bande der Rechten und Trotzkisten hetzt und diesen Kampf zur Verteidigung der Diktatur des Proletariats als „Verletzung der Prinzipien der sozialistischen Demokratie" verleumdet.

Diese Worte Breschnews sind nichts anderes als eine Freundschaftserklärung an alle Feinde des Sozialismus und eine Drohung an alle, die die sozialistische Sowjetunion Lenins und Stalins verteidigen und für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion und in den anderen revisionistischen Ländern des Warschauer Pakts kämpfen.

Sozialistische Produktionsverhältnisse?

Jede bürgerliche Verfassung verankert in ihren Paragraphen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das Recht der Kapitalistenklasse auf die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Das tut auch die Verfassung der Sowjetunion, wenn sich die Breschnew-Clique auch große Mühe gibt, diese Tatsache mit sozialistischen Phrasen zu verschleiern. Großspurig erklärt Breschnew in seiner Rede zum Verfassungsentwurf: „Der Entwurf enthält eine prinzipielle Bestimmung darüber, daß das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln die Grundlage des ökonomischen Systems der UdSSR bildet." In Wahrheit enthält die Verfassung diese prinzipielle Bestimmung nicht. Prinzipiell kann es nämlich nur dann sozialistisches Eigentum an den Produktionsmitteln geben, wenn es die Arbeiterklasse ist, die kraft der Diktatur des Proletariats, im Besitz dieser Produktionsmittel ist.

Ist es etwa ein Zufall, daß gerade der Passus aus der Stalinschen Verfassung, der feststellt, daß das sozialistische Wirtschaftssystem der Sowjetunion das Ergebnis „der Liquidierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsinstrumenten und -mitteln und der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist", in dem neuen Verfassungsentwurf der Breschnew-Clique gestrichen ist? Breschnew und Co. mögen noch so viel von „sozialistischem Eigentum" reden. Diese Beteuerungen sind nichts als Geschwätz, denn in Wirklichkeit ist es die neue Bourgeoisie, die kraft ihres kapitalistischen Staatsapparates Eigentümer der Produktionsmittel ist und die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen erbarmungslos ausbeutet und sie allen Übeln der kapitalistischen Gesellschaft aussetzt wie Massenarbeitslosigkeit, Teuerung, Arbeitshetze usw., unter denen auch die Werktätigen anderer kapitalistischer Länder leiden.

Sowjetvolk?

Stalin sagte 1936 bei seiner Rede zum damaligen Verfassungsentwurf: *„Die bürgerlichen Verfassungen gehen stillschweigend von der Voraussetzung aus, daß die Nationen und Rassen nicht gleichberechtigt sein können, daß es vollberechtigte und nicht vollberechtigte Nationen gibt... Das bedeutet, daß alle diese Verfassungen ihrer Grundlage nach nationalistisch sind, d. h. daß sie Verfassungen der herrschenden Nationen sind."*

Diese Charakteristik trifft auf den neuen Verfassungsentwurf voll zu. Sie ist eine nationalistische Verfassung, die die chauvinistische Unterdrückung der nichtrussischen Völker und Nationen, die die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion von Anfang an betrieben hat, zum Grundgesetz der Sowjetunion erklärt. Im Gegensatz zu den anderen bürgerlichen Verfassungen geschieht das im Verfassungsentwurf der Breschnew-Clique allerdings nicht „stillschweigend", sondern begleitet vom demagogischen Geschwätz über die angebliche „Verschmelzung der Nationen" und der Entstehung eines einheitlichen „Sowjetvolkes".

Diese Theorie über das „Sowjetvolk" ist eine zutiefst reaktionäre Ideologie, mit der die russischen Sozialimperialisten wie die Hitlerfaschisten mit ihren rassistischen Ideologien die Völker der Sowjetunion aller ihrer Rechte berauben, sie unter das Joch des großrussischen Chauvinismus zwingen, mit der sie den beharrlichen Widerstand der Völker der Sowjetunion gegen ihre Knechtung durch die Breschnew-Clique unterdrücken wollen.

Leninsche Friedenspolitik?

Zum ersten Mal wurde in eine Verfassung der Sowjetunion ein Kapitel über die Außenpolitik aufgenommen. Zwar behaupten die sowjetischen Revisionisten, sie würden eine „Leninsche Friedenspolitik" betreiben. Aber diese Lüge, die sich täglich in ihrer aggressiven, imperialistischen Politik entlarvt, vermögen sie noch nicht einmal in den Worten ihrer Verfassung aufrechtzuerhalten. Das Grundprinzip der Außenpolitik eines sozialistischen Staates ist der proletarische Internationalismus, die Unterstützung des revolutionären Befreiungskampfes der Arbeiterklasse und der Völker gegen den Imperialismus.

So heißt es im Artikel 15 der Verfassung der SVR Albanien: „Die Sozialistische Volksrepublik Albanien läßt sich bei ihren Auslandsbeziehungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus leiten, verfolgt eine Politik der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe mit den sozialistischen Staaten; sie unterstützt die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse und den Kampf der Völker für Freiheit, Unabhängigkeit, gesellschaftlichen Fortschritt und Sozialismus und stützt sich auf ihre Solidarität."

Aber weder vom Kampf gegen den Imperialismus noch vom proletarischen Internationalismus findet sich in der sowjetischen Verfassung auch nur ein Wort. Stattdessen haben nun auch in die sowjetische Verfassung die berüchtigten Losungen der russischen Sozialimperialisten über die „internationale Zusammenarbeit", über „internationale sozialistische Arbeitsteilung" und „wirtschaftliche Integration" Eingang gefunden, mit denen sie seit Jahr und Tag ihre neokolonialistische Politik gegenüber den anderen Ländern des Warschauer Pakts und den Völkern der Welt bemänteln.

In diesem Zusammenhang ist es eine offene Drohung an die Völker, wenn Breschnew in seiner Rede zum Verfassungsentwurf erklärt, daß jeder Bürger die Bedeutung „der Macht und des Aufblühens der Heimat" erkennen muß und der Verfassungsentwurf die „ständige Gefechtsbereitschaft" der sowjetischen Streitkräfte verlangt. Die sowjetischen Sozialimperialisten bekräftigen hier im Verfassungsentwurf ihre aggressive imperialistische Politik, ihr Streben nach der Vorherrschaft auf der Welt. Diese Worte und vor allem die Taten der russischen Sozialimperialisten, ihr Überfall auf die CSSR, die militärische Besetzung der Länder des Warschauer Paktes, ihre Politik der Intervention und Expansion in allen Teilen der Welt und ihre zügellose Aufrüstungspolitik strafen alle Phrasen über ihre angeblich Leninsche Friedenspolitik Lügen, zeigen, daß die russischen Sozialimperialisten heute in Wirklichkeit zusammen mit dem US-Imperialismus die größten Feinde der Arbeiterklasse und der Völker, die gefährlichsten Kriegstreiber sind.

Wir konnten in diesem Artikel nur kurz auf einige Aspekte des neuen sowjetischen Verfassungsentwurfs eingehen. Sie zeigen aber bereits, daß diese Verfassung ein durch und durch bürgerliches, imperialistisches Machwerk ist, das den Verrat der sowjetischen Revisionisten an den Lehren des Marxismus-Leninismus und an der ruhmreichen Geschichte der ehemals sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins besiegelt.

Die Verfassung der Breschnew-Clique enthält viele schönklingende Phrasen, aber mit diesen, wie mit den Freiheiten und Rechten, die sie verkündet, verhält es sich ebenso wie mit den Verfassungen der westlichen kapitalistischen Staaten. Sie stehen lediglich auf dem Papier, um die Arbeiterklasse zu betrügen und die Ausbeuter- und Unterdrückernatur der heutigen sowjetischen Gesellschaft zu verschleiern, die nichts anderes ist als die Diktatur der sowjetischen Monopolbourgeoisie über Millionen von Werktätige.

Diese Verfassung bestätigt erneut, daß es für die Arbeiterklasse und die Werktätigen der Sowjetunion keinen anderen Ausweg gibt als diesen imperialistischen Staat zu stürzen und auf seinen Trümmern erneut die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Häftlingsaustausch DDR-Chile

Ein schmutziger Menschenhandel

Als „einen großen Sieg der Solidarität" über die faschistische Diktatur in Chile haben die SED-Revisionisten den Austausch des chilenischen Revisionistenchefs Montes gegen elf Häftlinge aus der DDR gefeiert. Bei dem Rummel, den die revisionistische Presse bei der Ankunft Montes in der DDR veranstaltete, gab es allerdings einen Haken. Die Honecker und Co. verschwiegen den Werktätigen ihres Landes geflissentlich, daß Montes gegen DDR-Häftlinge ausgetauscht wurde.

Einmal mehr versucht die revisionistische Honecker-Clique mit ihren Propagandalügen die tiefen freundschaftlichen Gefühle der Werktätigen der DDR für das chilenische Volk, seine schwere Lage und seinen Kampf gegen die faschistische Diktatur und den amerikanischen Imperialismus zu mißbrauchen. In Wirklichkeit wurde Montes ebensowenig freigekämpft wie sein Kompagnon Corvalan. Er war das Objekt eines schmutzigen Menschenhandels zwischen zwei faschistischen Regimen, die die Werktätigen in ihren Ländern grausam unterdrücken und ausbeuten, von denen das eine sein Land an den amerikanischen Imperialismus und das andere an den sowjetischen Sozialimperialismus verkauft hat.

Montes wird jetzt in der DDR als Held gefeiert, der angeblich in den vordersten Reihen des Kampfes des chilenischen Volkes gegen die faschistische Diktatur gestanden hat und steht. In Wirklichkeit sind Montes und seine revisionistischen Kumpane Verräter am Kampf des chilenischen Volkes. Sie haben dafür gesorgt, daß das chilenische Volk im entscheidenden Moment politisch, organisatorisch und militärisch entwaffnet war und dadurch den Sieg der faschistischen Putschisten über die Regierung Allende ermöglicht. Auch an ihren Händen klebt das Blut Tausender ermordeter, eingekerkerter und gefolterter Revolutionäre und Patrioten. Und heute sind sie wieder dabei, wenn es darum geht, den Kampf des chilenischen Volkes zu sabotieren.

Sie predigen den Werktätigen, Vertrauen in Eduardo Frei, den Lakaien des USA-Imperialismus, und einen angeblich „demokratischen Sektor" der Armee zu haben, predigen ihnen nach wie vor, daß Freiheit und Unabhängigkeit für Chile friedlich erlangt werden könnten. Sie sind Lakaien des Imperialismus, die sich an die neuen Zaren im Kreml verkauft haben.

Nicht sie stehen in den ersten Reihen des Kampfes des chilenischen Volkes, sondern die wahren Marxisten-Leninisten der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, die dem chilenischen Volk den Weg der Revolution als einzigen, der zur Freiheit führt, zeigt.

So verlogen die Propagandakampagne der Revisionisten ist, so heuchlerisch sind die Erklärungen der Bundesregierung, die Vermittler des schmutzigen Geschäfts war und sich jetzt ihres Einsatzes für die „Menschenrechte" rühmt.

Mit dem Kampf der Völker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen Faschismus und Sozialfaschismus jedenfalls hat das Ganze nichts zu tun.

Freundschaftsvertrag DDR - Rumänien

Gegen die Interessen der Völker

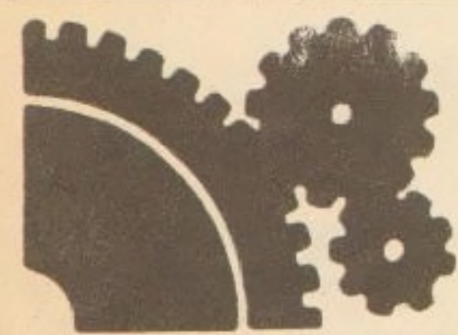
In Ostberlin geben sich gegenwärtig die Häupter revisionistischer Staaten die Klinke in die Hand, um mit der Honecker-Clique gemeinsame Deklarationen, Freundschaftsverträge, Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit usw. abzuschließen. Nach Tito und Gierek war es jetzt Ceausescu, der zu einem Staatsbesuch in die DDR kam. Bei diesem Besuch war wie üblich viel die Rede von der Stärkung und Festigung der Völker beider Staaten. Aber dieser Staatsbesuch war nicht im Interesse der Werktätigen Rumäniens und der DDR. Er diente vielmehr den wirtschaftlichen und politischen Interessen ihrer Ausbeuter und stärkte dem aggressiven Warschauer Pakt den Rücken, indem ihm sowohl in der gemeinsamen Deklaration als auch in den verschiedenen Ansprachen immer wieder eine angebliche Friedfertigkeit angedichtet wurde.

In der gemeinsamen Deklaration wird in wirtschaftlicher Hinsicht die Koordinierung der Fünfjahrpläne in den Himmel gelobt, der angebliche Nutzen für die Werktätigen gepriesen. In Wirklichkeit aber dient diese weitere Koordinierung der Fünfjahrpläne in erster Linie den russischen Sozialimperialisten, die sie auch initiiert haben, um die Wirtschaft der anderen RGW-Länder noch mehr in ihre Abhängigkeit bringen und sie noch mehr für ihre Interessen einspannen zu können. So hat denn auch der IX. Parteitag der SED, dessen Ergebnisse von Ceausescu so sehr gepriesen wurden, den Werktätigen der DDR vor allem noch größere Ausbeutung und weiter verschärfte Arbeitshetze gebracht.

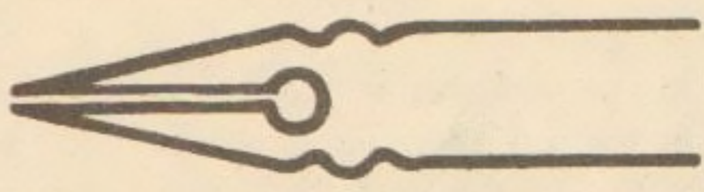
Einen großen Raum in der gemeinsamen Deklaration nehmen weiter die Beteuerungen über die angebliche Entspannungs- und Abrüstungsbereitschaft des Warschauer Paktes ein. Dabei scheut sich Ceausescu, der so gerne als Anwalt der Unabhängigkeit und der Wahrung der Souveränität der Staaten auftritt, nicht, für das Viermächteabkommen über Berlin einzutreten, das die russischen Sozialimperialisten in neokolonialistischer Manier über die DDR hinweg abschlossen und das Berlin — wie die vergangenen fünf Jahre gezeigt haben — zu einem Gegenstand fortwährenden imperialistischen Schachers und Streits machte.

Mag also in der gemeinsamen Deklaration noch so viel von der Zusammenarbeit und Solidarität beider Staaten mit den Völkern, die gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus kämpfen, die Rede sein. Die Tatsachen zeigen, daß die Völker, und auch die Völker Rumäniens und Deutschlands, bei ihrem Kampf gegen den Imperialismus, bei ihrem Kampf gegen die beiden Supermächte auf keinen Fall den Beteuerungen eines Honecker oder Ceausescu glauben können. Ihr Kampf muß sich auch gegen diese reaktionäre Freundschaft richten.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Ausländischer Kollege sollte um einen Teil seines Lohns betrogen werden

Vor wenigen Monaten wurde in der Cassella, einem Zweigbetrieb der Farbwerke Hoechst in Frankfurt, der Monatslohn eingeführt. Der Monatslohn ist ein neues Lohnsystem, das verschärfte Rationalisierung, Antreiberei und auf lange Sicht Lohnabbau bedeutet. Die Lohnabrechnungen, die die Kollegen nun bekommen, sind äußerst kompliziert und sehr schwer durchschaubar. Deshalb ist es für jeden Kollegen jetzt schwierig, seine Lohnabrechnung nachzukontrollieren.

Vor einiger Zeit saß nun ein ausländischer Kollege in der Nachtschicht hinter seiner Lohnabrechnung, und es war ihm an seinem Gesicht anzumerken, daß er mit seiner Lohnabrechnung nicht zurecht kam. Ich fragte ihn, was denn los sei.

Nach einer rechnerischen Überprüfung, an der sich zusammen mit mir einige Kollegen der Nachtschicht beteiligten, stellte sich heraus, daß dem Kollegen weit über 100 DM zuwenig ausbezahlt wurden. Der ausländische Kollege bat mich, zusammen mit ihm dies zu klären. Doch der V-Mann unserer Abteilung, der bei der Überprüfung der Lohnabrechnung dabei gewesen war, ging zu dem ausländischen Kollegen hin und sagte ihm, daß er zur Personalabteilung mitgehe. Einige Tage später gingen dann beide zur Personalabteilung. Als sie nach 1 1/2 Stunden zurückkamen, sagte der Vertrauensmann: „Es ist alles in Ordnung mit der Lohnabrechnung!“ Der ausländische Kollege fühlte sich übers Ohr gehauen und wandte sich wieder an mich. Ich nahm dann seine Lohnabrechnung über das Wochenende mit nach Hause und prüfte sie nochmals genau. An dem Fehlbetrag von über 100 DM änderte sich nichts.

Darauf ging ich nun zur Personalabteilung und zur Lohnabrechnung und verlangte eine Erklärung. Man versuchte mich hinzuhalten. Ich ging zum Betriebsrat und bestand darauf, daß mir erklärt wird, wie diese Lohnabrechnung zustande gekommen ist. Dabei wurde ich von meiner Schicht unterstützt, die auch meine Arbeit miterledigte, wenn ich unterwegs war. Nach einiger Zeit zeigte sich der erste Erfolg. Die Kapitalisten sahen sich gezwungen, 96 DM nachzuzahlen. Aber das war noch immer nicht der gesamte Fehlbetrag. Zusammen mit dem ausländischen Kollegen ließ ich nicht locker. Wieder hin zur Lohnabrechnung . . . usw. Jetzt fühlten sich die Bürokraten und auch der Betriebsrat langsam gestört. Sie schickten einen Betriebsrat in meine Abteilung, der versuchen sollte, mich einzuschüchtern. Ich solle mich gefälligst nicht mehr in diese Sache einmischen, das ginge mich alles nichts an, und außerdem sei ich ja nicht einmal Vertrauensmann.

Anschließend ging dieser Betriebsrat zu meinem ausländischen Kollegen und machte da dasselbe. Er versuchte dem Kollegen einzureden, daß ihm die ganze Sache doch von einem Kommunisten eingeredet und aufgezwungen worden sei. In Zukunft müsse er sich an den Vertrauensmann der Abteilung halten und der Betriebsrat würde ihm wegen der Sprachschwierigkeiten sogar einen Dolmetscher besorgen. Der könne ihm dann alles ganz genau erklären. Aber da hatte sich der Betriebsrat verrechnet: „Nix Vertrauensmann, nix Dolmetscher! Nur mit diesem Kollegen zusammen!“ war die Antwort des ausländischen Kollegen. Daraufhin zog der Betriebsrat ab. Nach kurzer Zeit wurdem dem ausländischen Kollegen weitere 16 DM ausbezahlt.

Alle Kollegen dieser Schicht, die diesen Kampf mitgetragen und unterstützt hatten, wie auch die anderen Kollegen dieser Abteilung, die davon erfahren hatten, freuten sich über diesen Erfolg, der nur durch einen konsequenten und beharrlichen Kampf erzielt wurde. Und einigen Kollegen war dieser Kampf auch eine Lehre, konnten sie doch sehen, wie die Kapitalisten versuchten, den ausländischen Kollegen um einen Teil seines Lohns zu betrügen und mit welchen Mitteln und Methoden der Betriebsrat versuchte, die Kollegen einzuschüchtern und vom Kampf abzuhalten.

Ein Genosse aus Frankfurt.

„Bloß eine einfache Kollegin“

Über die letzten Gewerkschaftsbeitragserhöhungen haben sich viele Kollegen aufgeregt, und manch einer ist daraufhin ausgetreten. So auch eine Bekannte meiner Kollegin, wobei sich aber ein Vorfall ereignete, der unsere sogenannten „Arbeitervertreter“ mal wieder im richtigen Lichte zeigte.

Die Kollegin erzählte mir: Ihre Bekannte ging also zum Betriebsrat (der, wie so oft, gleichzeitig der Gewerkschaftsfunktionär im Betrieb ist) und erklärte ihren Austritt aus der IG Metall. Danach wurde ihr aber trotzdem — „versehentlich“ — nochmal ein Monatsbeitrag abkassiert. Die Arbeiterin ging daraufhin zum Betriebsrat und verlangte ihr Geld zurück. Ja, das sei aber nicht so einfach, bekam sie dort zu hören, „programmierte Abbuchungen“, „computergesteuerte Abrechnung“, an das Geld käme man nicht so leicht ran, und: „Wir können Ihnen das Geld nur in Briefmarken zurückerstatten.“

Der Betriebsrat hatte wohl gehofft, die Frau würde nun verzichten. Sie ärgerte sich aber so über diesen raffgierigen Gewerkschaftsbürokraten, daß sie dachte: „Jetzt erst recht!“ — und wollte die Briefmarken gleich mitnehmen. So viele Marken waren natürlich nicht vorrätig, und der Betriebsrat vertröstete die Arbeiterin auf später, er würde ihr die Marken dann mitbringen.

Ein paar Tage später traf die Frau — meine Kollegin stand dabei — den Betriebsrat in der Kantine vor der Essensausgabe. „Ach“, sagte er, „ich wollte Ihnen ja Ihre Briefmarken mitbringen, das hab' ich ganz vergessen. Aber wissen Sie“, fuhr er fort, „jetzt laufe ich Ihnen natürlich nicht mehr hinterher, schließlich sind Sie nicht mehr organisiert, sondern nur noch eine einfache Kollegin.“ (!) Allen, die das gehört hatten, verschlug es die Sprache. Meine Kollegin drehte sich empört nach ihm um: „So! Ich hatte mir überlegt, ob ich nicht in die Gewerkschaft eintrete, aber jetzt: Nein!“ Und ließ diesen schäbigen „Arbeitervertreter“ stehen.

Es ist gut, daß sich immer mehr Kollegen vom wahren Charakter des DGB-Apparates überzeugen und nicht mehr auf die klassenversöhnlerische Demagogie der Gewerkschaftsfunktionäre hereinfallen. Wenn man eine solche Erfahrung gemacht hat mit dem bürokratischen kapitalistischen Wesen des DGB wie meine Kollegin und ihre Bekannte, glaubt man kaum mehr daran, daß eine solche Organisation unsere Interessen vertreten kann, im Gegenteil. Andererseits ist es dringend notwendig, revolutionäre, gewerkschaftsoppositionelle Gruppen aufzubauen, in denen sich alle Kollegen, innerhalb oder außerhalb von der Gewerkschaft, die sich enttäuscht vom DGB abwenden, zum Kampf für ihre Interessen zusammenschließen können.

Eine Genossin aus Frankfurt.

Opel/Rüsselsheim

Arbeiterfeind Vetter raus!

Am Montag, den 20. Juni, gab sich der Oberbonze des DGB-Apparats H. O. Vetter in Rüsselsheim die Ehre. Zunächst stattete er Opel einen Besuch ab. An erster Stelle der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat, versteht sich. Die Betriebszeitung unserer Partei, „Zündkerze“, kam vorher schon mit einem Extrablatt heraus, in welchem Vetters Besuch und die Rolle des DGB-Apparates ins rechte Licht gerückt wurden.

Abends war dann eine Veranstaltung des DGB-Apparats in der Stadthalle. „Vetter, Arbeiterfeind, raus!“ Diese Parole stand in großen Buchstaben an dem Lokal. Daß die Parole ins Schwarze getroffen hatte, zeigten schon die ersten Worte dieses Oberbonzen. Voller Wut griff er die Parole an: „Als ich noch in der Zeche arbeitete, haben diese Schmierfinken wahrscheinlich noch gar nicht gelebt.“ Ein mehr als billiger Kommentar! Die Antwort tönte ihm aus dem Zuhörerraum entgegen: „Dafür hast du dann ja auch dafür gesorgt, daß auch diese Zeche heute stillgelegt ist.“

Allenfalls 200 Leute waren insgesamt der Einladung des DGB gefolgt, der Großteil Vertreter des DGB-Apparates, angefangen vom Vertrauensleutekörper über die Opel-Betriebsräte bis hin zu SPD- und D„K“P-Bonzen. Es waren jedoch auch eine Reihe klassenbewußter und revolutionärer Kollegen gekommen.

Was sich dann von Seiten Vetters über die Zuhörerschaft an DGB-Demagogie ergoß, war auf der einen Seite infam, auf der anderen Seite total widersprüchlich. Immer lief es auf ein Loblied auf die Mitbestimmung und auf die Forderung des DGB-Apparats nach „Investitionslenkung“ und nach „Investitionskontrolle“ durch den DGB hinaus. Das kapitalistische Ausbeutersystem verteidigen, die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes vertuschen, Klassenversöhnung und Klassenzusammenarbeit propagieren als angebliches Rezept gegen Arbeitslosigkeit und Krise — das war die Aufgabe, die Vetter auch hier im Auftrag der Kapitalistenklasse erfüllte.

Durch Zwischenrufe wurde der DGB-Boß jedoch immer wieder mit den Tatsachen konfrontiert. Beispielsweise als Vetter davon schwärmte, daß man mit dem staatlichen Milliarden-Investitionsprogramm doch so viele Schwimmbäder u. ä. bauen könnte. „. . . und Panzer!“ schallte es ihm entgegen. „Ich verstehe nicht . . .“, war Vetters scheinheilige Reaktion.

Ein Kollege entlarvte dann die üble Rolle, die Vetter schon früher als Vorsitzender der IG Bergbau bei der Schließung Dutzender Zechen im Ruhrgebiet gespielt hatte und daß bereits damals im Bergbau die vom DGB-Apparat so heiß gepriesene paritätische Mitbestimmung herrschte und wie heute dazu diente, den Widerstand der Kumpels zu sabotieren. Der Kollege prangerte an, daß mit Wissen und Billigung des DGB-Apparats für die kommenden Jahre ein neuer, groß angelegter Rationalisierungsfeldzug gegen die Arbeiter in der Autoindustrie geplant ist.



„Vetter Arbeiterfeind raus!“ Diese Parole konnte man während des Besuchs von Vetter an dem Lokal der Stadthalle lesen.

Ein anderer Redner sprach im Namen unserer Partei, der KPD/ML. Er stellte klar, daß Vetter ein Kapitalist ist, wie er im Buche steht, Chef einer der größten Konzerne der Bundesrepublik, auch wenn dieser Bonze einst einmal Arbeiter war. Der Genosse enthüllte auch noch einmal anhand der Vernichtung Hunderttausender von Arbeitsplätzen im Ruhrbergbau die Arbeiterfeindlichkeit Vetters. Er prangerte auch die enge Komplizenschaft Vetters mit der Bundeswehr, diesem Mordinstrument des westdeutschen Imperialismus an. Und der Genosse entlarvte die bodenlose Unverschämtheit Vetters, der auf dieser Versammlung es wagte, scheinheilig zu behaupten, auch er sei für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, wo doch von der ganzen Presse seine Forderung nach Arbeitszeitverkürzung **ohne** Lohnausgleich hinausposaunt worden ist.

Der kommunistische Redner ließ es nicht dabei bewenden, Vetter anzugreifen; er entlarvte auch den Verrat scheinlinker Vertreter des DGB-Apparats vom Schlage eines Heller, Betriebsratsvorsitzender von Opel Rüsselsheim. Als der Genosse dann dazu überging, die Notwendigkeit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition aufzuzeigen, wurde ihm das Mikrophon abgedreht. Aber die DGB-Bonzen mußten ihn schließlich doch noch zu Ende reden lassen.

Als der Kommunist zu Ende gesprochen hatte, sprang wutentbrannt Betriebsratsvorsitzender Heller ans Mikrophon, um gegen den Genossen Stimmung zu machen. Er fand jedoch nur bei der eingeschworenen Clique des DGB-Apparats Zustimmung.

Von anderen Rednern wurden die Praktiken des DGB-Apparates bei der Durchführung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse angeprangert. Es wurde auch ans Tageslicht gezogen, daß der ÖTV-Apparat während der letzten Tarifrunde den gesamten Vertrauensleutekörper der Stadtverwaltung Rüsselsheim einfach auflöste, hauptsächlich deshalb, weil er sich für eine lineare Lohnerhöhung einsetzte, und weil er sich weigerte, auf die Linie der ÖTV in der Tarifrunde einzuschwenken. Insgesamt kann man sagen, daß Vetter und der DGB-Apparat an diesem Abend eine Abfuhr erteilt bekamen.

IG-DruPa-Apparat verriet Kampf der Kollegen

Der Streik der Kollegen der beiden Bremer Tageszeitungen „Bremer Nachrichten“ und „Weser-Kurier“ ist beendet. 21 Tage lang dauerte der mutige Kampf der über 1.000 Kollegen gegen den Verleger Meyer, der beiden Zeitungen als Gesellschafter vorsteht.

Zu dem Streik war es gekommen, weil Meyer den letzten Lohnraubabschluß im Druckgewerbe von 6 Prozent auf einen Teil der übertariflichen Zulagen anrechnen wollte. Diesen frechen Angriff beantworteten die Kollegen mit einem Gegenschlag. Sie förderten ihrerseits nun nicht nur die volle Auszahlung der Tariferhöhung, sondern außerdem noch 30 DM mehr pro Monat als Teuerungsausgleich.

Meyer sperrte zuerst einen Teil, danach die ganze Belegschaft für drei Tage aus, „um die Betriebsstörung zu beseitigen“, wie er es zynisch nannte. Ab 6. Juni „gestattete“ er den Kollegen wieder zu arbeiten. Meyer hatte sich jedoch verrechnet. Die Kollegen gaben ihm die richtige Antwort: sie streikten. Nur knappe 10 Prozent der Belegschaft streikten nicht mit. Meist handelte es sich um höhere Angestellte, die gegen den Streik waren.

Dem unmittelbaren Ergebnis nach endete der Streik mit einer Niederlage. Keine Forderung konnte durchgesetzt werden. Lediglich konnte Meyer eine Zusage abgenötigt werden, auf Maßregelungen von Kollegen zu verzichten. Aber trotzdem war der Kampf der Bremer Kollegen nicht umsonst. Sie haben viele wichtige Erfahrungen gewonnen, die ihnen helfen werden, künftig mit mehr Erfolg für ihre Forderungen zu kämpfen. Vor allem haben die Arbeiter und kleinen Angestellten es besser gelernt, die Feinde in den eigenen Reihen zu erkennen, die sich mit radikalen Sprüchen im Munde als ihre Vorkämpfer ausgeben, die aber jeden unversöhnlichen, kompromißlosen Kampf gegen das Kapital hinterhältig sabotieren.

Hatten sich die mittleren und höheren Funktionäre des Apparats der IG Druck und Papier schon beim Druckerstreik vor einem Jahr in den Augen der Kollegen als Handlanger der Kapitalistenklasse entlarvt, so machte dieser Streik nun für viele deutlich, daß auch die „linken“ SPD-ler und die modernen Revisionisten von der D„K“P und die meisten unteren Funktionäre des Gewerkschaftsapparates wie ein Großteil der Betriebsräte und ein Teil der Vertrauensleute in Wahrheit auf der anderen Seite der Barrikade stehen.

Nehmen wir nur den Betriebsratsvorsitzenden Kammering. In Worten trat er scheinbar kämpferisch auf. In Taten aber machte er das Gegenteil. So schleuste er höchstpersönlich die Streikbrecher durch die Reihen der Streikposten.

Die Gewerkschaft lehnte es ab, die Kollegen materiell zu unterstützen. Angeblich war dies eine besonders „raffinierte“ Taktik, in Wahrheit diente es jedoch nur dazu, den Streik zu boykottieren. Daß über 80.000 DM zur Unterstützung des Streiks aus anderen Betrieben gesammelt wurden, ist ein großartiger Beweis der Solidarität der Kollegen.

Dem IG-Druck-und-Papier-Apparat ist es zwar noch einmal gelungen, die Arbeiter um die Früchte ihres Kampfes zu betrügen. Aber immer mehr Kollegen erkennen anhand solcher Verrätereien die Notwendigkeit, den Kampf selbständig und im Vertrauen auf die eigene Kraft zu führen und eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu organisieren.

'Kühne, damit's besser schmeckt'

Nach einigen Monaten Arbeitslosigkeit fand ich Mitte letzten Jahres eine neue Stelle — Betriebsschlosser bei Essig-Kühne. Früher schon war ich öfters an den großen Fenstern vorbeigefahren; dahinter stehen Holzbottiche, 4-5 Meter hoch — davor eine Fläche, schön mit weißen, gewaschenen Kieseln bedeckt. Das ist die Seite, die man von einer der meistbefahrenen Straßen Hamburgs aus sieht — ein sauberer, ordentlicher Anblick.

Der erste Eindruck von der Werkstatt allerdings versetzte mir einen gelinden Schock: düster, schmutzig und schmierig, ein bedrückendes Durcheinander. Na, dachte ich, das kann ja heiter werden.

Dann wurde ich in meine erste Abteilung gebracht, in die Essigabteilung — als Urlaubsvertretung. Hier werden, wenn vor und während der Erntezeit in zwei Schichten Essig abgefüllt wird, ca. 50.000 Liter Essig pro Tag produziert. Gebraut wird er in den Bottichen, die man von der Straße aus sehen kann.

Später kam ich dann in meine Stammabteilung, die Kohlhalle. Hier liefen die Vorbereitungen für die kommende Saison. Dazu gehört die Kontrolle der Bottiche, in denen der kleingeschnittene Weißkohl zu Sauerkraut vergoren wird. (Diese Bottichhalle hat keine Fenster). Einmal wunderte ich mich über den Gestank, der überall über dem Werk lag und der mir schon beim Umziehen aufgefallen war. Ich hatte in der Bottichhalle zu tun, machte die Tür auf — und prallte vor Ekel und Entsetzen zurück. An dem Tag habe ich keinen Fuß mehr in die Bottichhalle gesetzt. Durch die Tür sah ich nämlich eine knöcheltiefe Brühe, gekrönt von Schaum und Schimmelfladen. Hierher kam auch der Gestank, von dem mir beinahe übel wurde.

„Tja, da haben die wohl nach der vorigen Saison vergessen, die letzten Bottiche auszuspülen. Aber so ist das hier", sagte mein Kollege, „Saison zu Ende, dann wird hier nichts mehr gemacht." Fast ein halbes Jahr lang hatten die Sauerkraut- und Lakereste also vor sich hingegammelt, gefault und geschimmelt. Und der neue Kohl kam dann wenige Tage später in eben diese Bottiche, um zu Kühne-Delikateßsauerkraut verarbeitet zu werden!

Ist der Kohl eingeschnitten, dauert es ca. anderthalb Wochen bis zum fertigen Sauerkraut. Dann wird er mit Greifern von halbautomatischen Laufwagen, die auf Schienen unter der Decke laufen, herausgehoben und zur Dosenabfüllung gebracht. So ein Greifer faßt bis zu 6 Zentner Sauerkraut. Unten im Bottich sind zwei Mann damit beschäftigt, den Greifer möglichst voll zu stopfen und den Bottich vollständig zu leeren.

Kurz nach Beginn der Saison war ein Monteur in der Firma, der die Laufkatzen repariert hatte. Er stellte fest, daß das eine Zugseil schon halb durchgerissen war und machte unseren Meister darauf aufmerksam: „Das Seil muß gewechselt werden." Unser Meister, gleichzeitig Sicherheitsbeauftragter, meinte: „Das hält noch bis Feierabend, jetzt muß die Produktion laufen." Fünf Minuten später riß das Seil — der volle Greifer fiel aus 5 Meter Höhe in den Bottich zurück. Die beiden im Bottich — zwei Griechen — kamen kreideweiß heraus; es hatte nicht viel gefehlt, dann wäre der Bottich ihr Grab geworden. Sie wollten nicht mehr weiterarbeiten. Nachdem allerdings Schichtführer, Betriebsleiter und Meister eine halbe Stunde auf sie eingeredet hatten, ließen sie sich breitschlagen und machten weiter.

Gegen Ende der Saison lernte ich ein weiteres Kapitel der Produktionsmethoden bei Essig-Kühne kennen: Im Dezember, Januar wird immer noch Sauerkraut produziert — aus Kohl, der zu dieser Jahreszeit oft gefroren ist. Normalerweise würde sich dadurch die Dauer des Gärungsprozesses verdoppeln und die Produktion gedrosselt werden — und damit auch die Profite. Bei Essig-Kühne in Hamburg läuft aber alles in gewohntem Tempo weiter. Mit welchem „Trick" das ermöglicht wird, wurde mir eines Morgens klar, als mich ein Kollege beiseite nahm und sagte: „Wundere dich nicht darüber, daß der Lakebehälter dahinten in der Ecke liegt, wir haben heute nämlich ‚Besuch', und der darf nicht sehen, daß wir warm einschneiden. Deshalb mußten wir den Behälter vorläufig ausbauen." Wenn „warm eingeschnitten" wird, erhitzt man die Lake, in die der Kohl kommt, und beschleunigt. damit den chemischen Gärungsprozeß. Ich bin zwar kein Lebensmittelchemiker, aber ich kann mir vorstellen, daß dadurch die Gärung unvollständig verläuft, und Fäulnisbakterien ihr Werk tun. Der Herr Betriebsleiter wird schon gewußt haben, warum der „Besuch" den Behälter mit der erwärmten Lake nicht sehen durfte . . .

Kühne ist ein Saisonbetrieb. Was das heißt, wurde mir in Etappen klar. Gleich zu Anfang fiel mir auf, daß ich so ziemlich der einzige Handwerker war, der einigermaßen regelmäßig zu Feierabend nach Hause ging. Natürlich bleibt es nicht aus, daß man als Betriebsschlosser öfters mal Reparaturen, Formatumstellungen auf andere Dosengrößen usw. nach Feierabend oder sonnabends machen muß. Dann habe ich auch bereitwillig Überstunden gemacht.

Unser Meister hatte aber besondere Vorstellungen von Überstunden. An einem Freitag — freitags ist schon um 13.30 Uhr Feierabend, weil an den anderen Tagen 8,5 Stunden gearbeitet wird — ging ich pünktlich nach Hause. Am Montag darauf hatte ich eine längere lautstarke „Unterhaltung" darüber mit dem Meister; nicht in seiner Bude, sondern in der Abteilung, wo alle Kollegen zuhören konnten. „So was gibt's nicht", meinte er, „Sie müssen vorher fragen, wenn Sie gehen wollen." Ich erklärte ihm, daß es genau umgekehrt der Fall ist: „Es ist meine Sache, ob ich Überstunden mache oder nicht. Wenn nach Feierabend noch was zu tun ist, müssen Sie mich fragen, ob ich dazu bereit bin."

Die Kunde von der Auseinandersetzung war schnell durch den Betrieb gegangen. Überall begegneten mir Kollegen mit lachenden Gesichtern, ließen sich das genau erzählen und machten spöttische Bemerkungen über den Meister. Und ich freute mich, hatte ich doch auf diese Weise einen Beweis für die Solidarität unter den Kollegen bekommen.

Bei Kühne werden während der Saison viele Überstunden gemacht. Viele Kolleginnen und Kollegen tun das ungern, aber sie müssen mitmachen. Die Belegschaft besteht zu 90% aus Ausländern: Türken, Jugoslawen, Griechen. Viele werden nur für die Saison eingestellt und wollen möglichst viel Geld verdienen. Das ist bei Kühne aber sehr schwer: die Frauen verdienen 6,11 DM die Stunde, die Männer etwas über 7 DM — und das bei körperlich z. T. sehr schwerer, konzentrierter Arbeit am Band.

Das Ende der Saison kündigte sich dann so an: blieben wir nach Feierabend einmal etwas länger da, kam der Meister, zog ein zweifelndes Gesicht und fragte, ob wir das nicht am nächsten Tag machen könnten, der Chef hätte sowieso schon über die vielen Überstunden gemeckert. Das ging einige Tage so, dann kam die Anweisung: ab sofort keine Überstunden mehr. Eine Woche später war das letzte Sauerkraut abgefüllt. Ob allerdings die Bottiche, die Laufbänder und Maschinen anschließend alle saubergemacht wurden, das bekam ich nicht mehr mit. Mit der Saison war nämlich auch mein Arbeitsverhältnis bei Kühne zu Ende. „Da die Produktion stark zurückgegangen ist, sehen wir uns gezwungen, unseren Personalbestand drastisch zu reduzieren", steht in meiner Kündigung.

Ich habe gegen Kühne beim Arbeitsgericht geklagt. In der Verhandlung lehnte der Firmenbeauftragte einen Vergleich ab — „damit keine Signalwirkung aus diesem Vorfall entsteht."

Der 'lange Arm' des Sozialministers

Die Gesetze, die die Rechte der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen im Kapitalismus schützen sollen, stehen für die Herrschenden nur auf dem Papier. Und Papier ist geduldig. Das zeigt ein erneuter Fall der fristlosen Kündigung eines Personalrates in einem niedersächsischen Krankenhaus.

Anfang letzter Woche erhielt der Kommunist W. Walter, der seit über einem Jahr als Assistenzarzt auf der Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung eines Krankenhauses in Buchholz arbeitet und im vergangenen Winter von den Kollegen in den Personalrat gewählt worden ist, seine fristlose Kündigung. Für diese willkürliche Kündigung konnte aus dem Betrieb selbst keine Begründung vorgelegt werden. Im Gegenteil. Der Chef der HNO-Abteilung mußte dem Genossen ein ausgezeichnetes Zeugnis ausstellen. Hatte man ihn also beim Flugblattverteilen im Krankenhaus oder bei einer „aufrührerischen Betätigung" erwischt? Nichts von alledem. Der niedersächsische Sozialminister möchte es eben nicht, daß ein Mitglied der KPD/ML und gar ein mehrfach politisch vorbestraftes, in „seinem" öffentlichen Dienst arbeitet.

Und so sputeten sicn also sein Oberkreisdirektor und die Krankenhausleitung, den Herzenswunsch des Sozialministers zu erfüllen. Der Oberkreisdirektor zitiert in seinem Schreiben an W. Walter die drei Urteile, die gegen den Genossen als presserechtlich verantwortlicher der KPD/ML in Hamburg im Jahre 1974/75 ausgesprochen wurden und bemerkt dazu: „Die Tat, wegen deren die Verurteilung ergangen ist, wiegt besonders schwer, denn sie richtet sich gegen den Staat, seine Organe bzw. gegen staatliches Handeln. Es kommt hinzu, daß Sie, wie Sie in einem Gespräch meinem Mitarbeiter gegenüber deutlich gemacht haben, nicht bereit sind, Ihre ablehnenden Auffassungen zu unserer staatlichen Ordnung positiv zu ändern. Unter diesen Umständen ist es für mich als kommunale Behörde unzumutbar, Sie weiter zu beschäftigen. Hierbei stütze ich mich auch auf die Auffassungen des Herrn niedersächsischen Sozialministers."

In diesem Gespräch hatte der Genosse darauf hingewiesen, daß die Behörde mit dieser rein politischen Entlassung gegen mehrere Gesetze des sowieso schon reaktionären Personalvertretungsgesetzes verstößt.

Der Mitarbeiter des Oberkreisdirektors hatte dazu nichts Besseres zu äußern als, er wolle ja nicht zynisch werden, aber der Sozialminister habe ja letztlich doch den längeren Arm. Nun, wir kennen die Klassenjustiz zu gut, als daß wir Illusionen darüber haben, ob im kommenden Arbeitsgerichtsprozeß das Recht des Genossen oder der „lange Arm" des niedersächsischen Sozialministers siegt. Aber sicher sind wir in der Gewißheit, daß auch noch so lange Arme der Herrschenden nicht verhindern werden, daß die Arbeiterklasse ihnen eines Tages die revolutionäre Abrechnung für ihr Ausbeuter- und Unterdrückersystem präsentieren wird.

Kein Berufsverbot für den kommunistischen Arzt W. Walter! Der Genosse muß seine Ausbildung und seine Arbeit als Personalrat fortsetzen können!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Skandal in der Verwaltung

Krupp stiehlt Kurzarbeitergeld!



In einem Brief an die Redaktion des „Hammerschlag" deckte vor wenigen Tagen ein Kollege aus der Verwaltung einen unerhörten Skandal auf: Offiziell ist bei den Angestellten Kurzarbeit. Tatsächlich aber werden in verschiedenen Abteilungen der Verwaltung die Angestellten praktisch gezwungen, auch an ihrem Kurzarbeitstag zu arbeiten. Und das Unverschämteste an der ganzen Geschichte: Die betroffenen Angestellten erhalten trotzdem Kurzarbeitergeld, für die Arbeit am Kurzarbeitstag erhalten sie keinen einzigen Pfennig.

Unverschämte Ausbeutung der Angestellten!

Bereits seit es in der Verwaltung Kurzarbeit gibt, es die Arbeit im Vergleich zu früher nicht einen Federstrich weniger geworden. Praktisch heißt die Kurzarbeit für die Angestellten nichts anderes, als daß sie die gleiche Arbeit wie vorher nun in vier statt in fünf Tagen pro Woche schaffen müssen. Doch bekommen sie für die höhere Arbeitsleistung etwa auch einen höheren Lohn? Im Gegenteil, sie bekommen sogar noch weniger — denn die Kurzarbeit wird ihnen abgezogen. Doch auch das ist Krupp noch nicht einmal genug: Die Angestellten müssen vielmehr auch noch an ihrem freien Kurzarbeitstag kommen und unentgeltlich arbeiten. Für weniger Geld also mehr Arbeit. Um rund 30% werden die Angestellten auf diese Weise mehr ausgebeutet als vor Beginn der Kurzarbeit. Doch auch damit noch nicht genug, läßt Krupp sich für diesen Betrug vom Arbeitsamt auch noch das Kurzarbeitergeld auszahlen — ein Geschäft also, daß für die Krupp-Kapitalisten in die Hunderttausende, wenn nicht in die Million geht.

Warum arbeiten die denn auch umsonst?" mag mancher Kollege sagen. Nun, das ist leicht gesagt. Bereits seit mehreren Monaten werden die Angestellten unter immer schärferen Druck gesetzt. Seit Krupp die Pläne über die Neugliederung des Konzerns auf den Tisch gebracht hat, ist die Rede davon, daß die Verwaltung im wahrsten Sinn des Wortes dezimiert werden soll: 10% der Kollegen sollen entlassen bzw. frühzeitig in Rente geschickt werden. Der Betriebsrat und der ganze reaktionäre IGM-Apparat kümmerten sich bisher natürlich einen Dreck darum. Manche Kollegen unter den Angestellten hoffen nun, sie könnten dadurch ihren Arbeitsplatz sichern, wenn sie bis zum Umfallen schuften — und sei es auch unentgeltlich, wie jetzt an den freien Kurzarbeitstagen.

Wie weit dieser Druck geht, zeigt sich darin, daß die Abteilungsleiter die Kollegen aufforderten: „Wenn jemand fragt, warum ihr trotz Kurzarbeitertag arbeitet, dann müßt ihr sagen: ihr tut das völlig freiwillig — sonst kommt noch das Arbeitsamt dahinter." Das heißt, die Kollegen sollen nicht nur umsonst arbeiten kommen, sondern auch noch den Betrug, den Krupp beim Arbeitsamt macht, um sich so weitere Zigtausende in die Tasche zu stecken, decken.

Aber kontrolliert denn das Arbeitsamt nicht, wofür das Kurzarbeitergeld gezahlt wird?

Würde sich ein Kollege von Krupp erlauben, das Arbeitsamt um Hunderttausende zu betrügen — er würde schon lange hinter Schloß und Riegel sitzen. Denn jeder Pfennig, der an die Werktätigen gezahlt wird, wird genauestens überprüft.

Nehmen wir den Fall einer Kollegin, einer werktätigen Mutter. Als sie noch arbeitete, hatte sie ihre beiden Kinder im Kindergarten. Jetzt aber, wo sie Arbeitslosengeld bekommt, reicht es vorne und hinten nicht mehr. Ihr kommt die gute Idee, die Kinder, solange sie noch arbeitslos ist, aus dem Kindergarten zu nehmen und selbst auf sie aufzupassen. So läßt sich das magere Arbeitslosengeld immerhin etwas länger strecken. Was aber geschieht, als das Arbeitsamt davon erfährt? Die Kollegin muß nicht nur einen Teil des Arbeitslosengeldes zurückzahlen, sondern sie wird auch noch mit einer längerfristigen Sperre belegt. Die Begründung: Da sie auf ihre Kinder nun selber aufpasse, sei sie nicht mehr jederzeit „für den Arbeitsmarkt verfügbar.

Wo sich nur irgendeine Möglichkeit bietet, wird den Werktätigen das Geld vom Arbeitsamt gestrichen. Für die Werktätigen ja nicht einen Pfennig zuviel — bei Monopolen wie Krupp jedoch kommt es auf ein paar Hunderttausende nicht an. Das sind die Methoden des Staatsapparates, einem Staatsapparat, der einzig und allein dazu da ist, den Kapitalisten unsere Ausbeutung und ihren Profit zu garantieren.

Im Kampf gegen die unverschämte Ausbeutung und die betrügerischen Machenschaften Krupps auf dem Rücken der Werktätigen können sich die Angestellten daher am allerwenigsten auf das Arbeitsamt stützen. Von dort gibt es Hilfe für die Krupps, jedoch nicht für uns Werktätige. Für die Angestellten gibt es nur eines: Trotz Drohungen und trotz aller Einschüchterungsversuche durch die Krupp-Kapitalisten, sich zusammenzuschließen, jede unentgeltliche Arbeit gegenüber den Abteilungsleitern zu verweigern und die sofortige Einstellung der Kurzarbeit zu fordern.

Sofortige Bezahlung aller unentgeltlich geleisteten Arbeit als Überstunden!

Weg mit der Kurzarbeit!

Weg mit den Rationalisierungsplänen!

Aus dem Brief eines Kollegen aus der Verwaltung

„Es wurde offen verlangt, daß verschiedene Angestellte auch an ihrem freien Kurzarbeitstag zur Arbeit kommen, z. B. im Bereich Rechnungswesen und auch in anderen Bereichen der Verwaltung. Als Begründung wurde angegeben, daß wichtige Arbeiten sonst nicht geschafft wurden. Das stimmt auch, aber trotzdem wurde weiter Kurzarbeitergeld abgezogen.

Wichtig dabei ist, daß in der Verwaltung die Kurzarbeit gedrittelt wurde. Also ein Drittel der Kollegen hat montags Kurzarbeit, ein Drittel mittwochs und ein Drittel freitags. Bis auf zwei Abteilungen konnten die Chefs dieses auch durchsetzen. Durch diese Teilung der freien Tage kann trotz der Kurzarbeit die Arbeit weitgehend termingerecht geschafft werden.

Wo die Arbeit nicht geschafft wurde, wurden die Kollegen sogar an ihrem Kurzarbeitstag zur Arbeit bestellt, sie mußten früher anfangen zu arbeiten usw. Da die meisten meiner Kollegen Angst haben vor Entlassungen und Rationalisierung, womit bei uns immer gedroht wird, haben viele das hingenommen.

Krupp bereichert sich so auf doppelte Weise zusätzlich an uns: Erstens durch die Abzüge bei Kollegen, die trotzdem voll arbeiten müssen. Zweitens, indem Krupp, unter Bruch der gesetzlichen Bestimmungen, Kurzarbeitergeld vom Arbeitsamt bezieht, das ihm gar nicht zusteht.

Jetzt, für Juli und August wurde die Kurzarbeit in der Verwaltung abgeschafft. Ein Drittel der Leute ist sowieso in diesen Monaten im Urlaub. Ab September soll die Kurzarbeit aber wahrscheinlich weiter durchgeführt werden.

Bitte berichtet darüber in Eurer Zeitung, damit alle Kollegen von diesem Skandal erfahren."

8. Kongress des Albanischen Gewerkschaftsverbandes

Am 20., 21. und 22. Juni fand in Korca der 8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes statt. 2.060 Delegierte aus allen Teilen des Landes vertraten dort die über 500.000 Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes. Am Kongreß nahmen, von den Delegierten mit großem Beifall begrüßt, auch Genosse Mehmet Shehu, Mitglied des Politbüros des ZK der PAA und Vorsitzender des Ministerrats der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, die Genossen Hysni Kapo und Ramiz Alia, Mitglieder des Politbüros und Sekretäre des Zentralkomitees der PAA und andere Führer der Partei und des Staates teil.

Auf Einladung des Zentralrats des Albanischen Gewerkschaftsverbandes nahmen am Kongreß außerdem 20 Delegationen aus verschiedenen Ländern teil: aus Vietnam, Laos, Algerien, Azania, Burundi, England, Irak, Italien, Japan, Madagaskar, Norwegen, Palästina, Portugal, Sambia, Spanien, Tansania, Westdeutschland sowie Delegationen der Internationalen Konföderation Arabischer Gewerkschaften und der Organisation der afrikanischen Gewerkschaftseinheit.

Große Begeisterung löste auf dem Kongreß eine Botschaft aus, die Genosse Enver Hoxha im Namen des Zentralkomitees der PAA an den Gewerkschaftskongreß gerichtet hat. Anschließend gab Genosse Rita Marco den Bericht über die Tätigkeit des Zentralrats des Gewerkschaftsverbandes Albaniens und die Aufgaben des Gewerkschaftsverbandes zur Durchführung der Beschlüsse des 7. Parteitags der PAA.

Auf dem Kongreß ergriffen dann zahlreiche Delegierte des Kongresses das Wort, die durch ihre Beiträge voll bestätigten, was Genosse Rita Marco in seinem Bericht betont hatte: „Wie das ganze albanische Volk mit den Ideen und Lehren des 7. Parteitages gewappnet, kommt die Arbeiterklasse zu diesem Kongreß mit einer stählernen Einheit des Denkens und Handelns um die Partei und ihr Zentralkomitee mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, bereit, neue, noch größere Aufgaben zu übernehmen, um die Revolution und den sozialistischen Aufbau voranzutreiben." In diesem Geist der kämpferischen Einheit bestätigten die Delegierten auch den Bericht des Genossen Rita Marco und wählten die leitenden Organe des Gewerkschaftsverbandes.

Wir drucken im folgenden die Grußadresse des Genossen Enver Hoxha an den Kongreß und den Teil über die internationale Lage aus dem Bericht des Genossen Rita Marco leicht gekürzt ab.

Grussadresse des Genossen Enver Hoxha

Der 8. Kongreß des Gewerkschaftsverbandes Albaniens und die Aufgaben, die er festlegen wird, haben nicht nur für eure Organisation, sondern auch für das ganze Land besondere Bedeutung. Er tritt nur kurz nach dem 7. Parteitag unserer ruhmreichen Partei zusammen, der eine tiefgehende marxistisch-leninistische Analyse der inneren und internationalen Lage vornahm, die reichhaltige revolutionäre Erfahrung unserer Partei und unseres Volkes wissenschaftlich verallgemeinerte und ein gewaltiges Arbeitsprogramm für die Gegenwart und Zukunft des Landes vorlegte. Ihr, Genossen und Genossinnen, bringt zu dem Kongreß den großen Schwung und die große Begeisterung unserer heroischen Arbeiter, unserer revolutionären Jugend, unserer tapferen Frauen, der Volksintelligenz, der Werktätigen der Staatsgüter und der patriotischen Bauern, ihr bringt die volle Mobilisierung und Einsatzbereitschaft, mit der sie arbeiten, um die historischen Beschlüsse des 7. Parteitages der PAA in die Tat umzusetzen. Zweifellos wird dieser lebendige, lebensspendende und revolutionäre Geist auch die Arbeiten eures Kongresses kennzeichnen, der auf der Grundlage der Beschlüsse des 7. Parteitages die Arbeit des Gewerkschaftsverbandes erörtern und ihm neue größere, schwierigere und fruchtbarere Aufgaben stellen wird, um die Werktätigen unseres Landes auf dem leuchtenden Weg des Sozialismus zu erziehen und zu mobilisieren.

Die Partei, betont Genosse Enver Hoxha ferner, hat, den Lehren des großen Lenins getreu, daß die Gewerkschaften eine Schule des Kommunismus sind, stets betont, daß ihre Hauptaufgabe die kommunistische Erziehung der Werktätigen war und bleibt. Der Gewerkschaftsverband leistet nach wie vor einen unschätzbaren Beitrag zur Erhöhung des allgemeinen ideologischen, politischen, kulturellen und fachlichen Niveaus unserer Werktätigen. Dieser Beitrag und diese unermüdliche Arbeit äußern sich in dem hohen Bewußtsein, das die Arbeiterklasse und die Werktätigen unseres Landes kennzeichnet, in der Entschlossenheit und dem Mut, mit denen sie stets auf dem von der Partei gewiesenen Weg vorwärtsschreiten.

Der Gewerkschaftsverband hat die große Aufgabe, die Arbeiterklasse dazu zu erziehen, daß sie unerschütterlich auf der Höhe ihrer historischen Mission steht. Die führende Rolle der Arbeiterklasse ist eine große grundsätzliche Frage, eine entscheidende Bedingung, damit die Diktatur des Proletariats erhalten und gefestigt wird, eine Garantie, damit die sozialistische Gesellschaft erfolgreich aufgebaut wird. Heute gibt es kein wichtiges Problem der Partei und des Staates, zu dem die Arbeiterklasse nicht voller Vertrauen und Zuversicht ihre Meinung sagt. Diese Realität ist in der neuen Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien verankert, die der Arbeiterklasse alle Rechte garantiert und ihr die führende Rolle in unserer Gesellschaft zuerkennt. Der 7. Parteitag stellte die Aufgabe, auch in Zukunft die führende Rolle der Arbeiterklasse zu verstärken und zu festigen, damit sie aktiv am Regieren des Landes mitwirkt, unter Führung der Partei eine unmittelbare Kontrolle in allen Bereichen ausübt und mit ihrem Beispiel im gesamten Leben des Landes tonangebend ist. Die Organisationen des Gewerkschaftsverbandes haben hierbei ein breites Feld erzieherischer Tätigkeit.

Sie haben ferner die große Aufgabe, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Genossenschaftsbauernschaft ununterbrochen zu festigen und zusammenzuschweissen, ein Bündnis, das das Grundprinzip der Diktatur des Proletariats und das Fundament der Einheit des Volkes um die Partei darstellt. Die Erfüllung der Aufgaben gegenüber Staat und Gesellschaft durch die Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauernschaft, der weitere Ausbau der engen und allseitigen Verbindungen zwischen Stadt und Land, die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Landwirtschaft, die Erziehung der Werktätigen der Stadt in der Liebe zum Dorf und zur Arbeit in der Landwirtschaft, die Verwirklichung des Programms der Partei zur Verringerung der Unterschiede zwischen Stadt und Land sind Faktoren, die das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Genossenschaftsbauernschaft noch mehr stärken, die die Einheit des Volkes um die Partei noch unverbrüchlicher machen.

Hinsichtlich der kommunistischen Stählung des neuen Menschen muß der Gewerkschaftsverband besonders darauf achten, die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Massen in der marxistisch-leninistischen Ideologie, in den Lehren unserer Partei zu erziehen. Es ist die proletarische Ideologie, es ist die revolutionäre Erfahrung der Partei, die unsere Werktätigen zu entschlossenen Kämpfern der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus macht, die den Horizont erweitert und die Perspektive klärt, die die Siegeszuversicht verstärkt. Daneben ist die Erziehung in den revolutionären Traditionen der heroischen Arbeiterklasse, in ihren hohen proletarischen Tugenden, das Kennenlernen des titanenhaften Kampfes, den sie selbst, unser gesamtes Volk für den Aufbau des Sozialismus in Albanien geführt hat, eine große Kraft des Ansporns und der Mobilisierung, ein Beispiel, das es zu befolgen und zu bereichern gilt.

Der Gewerkschaftsverband, heißt es ferner in der Grußadresse, verbindet die Partei mit den Massen, trägt in sie ihre Linie und ihre Direktiven, erklärt ihnen geduldig die konkreten Aufgaben, die sie stellt, und trägt in die Partei die Stimme der Werktätigen, ihre Meinung und ihre Lebenserfahrung. In der täglichen Arbeit und bei den täglichen Anstrengungen zur Verwirklichung der Beschlüsse und Richtlinien der Partei erzieht er die Massen, damit sie die revolutionäre Wachsamkeit stets hochhalten, damit sie unversöhnlich gegenüber den inneren und äußeren Feinden, gegenüber den Erscheinungen der fremden bürgerlichen und revisionistischen Ideologien, gegenüber jeder bürokratischen Entstellung und liberalen Haltung sind, damit sie den Klassenkampf richtig und konsequent führen.

Der Gewerkschaftsverband hat eine wichtige Rolle auf dem Gebiet der Produktion. Von ihm wird verlangt, unermüdlich und mit hohem politischen und ideologischen Bewußtsein dafür einzutreten, daß überall im Betrieb, in der Abteilung und Brigade das lebendige schöpferische Denken der Werktätigen zur Geltung kommt und der kämpferische Geist hochgehalten wird, daß der sozialistische Wettbewerb immer stärker entfaltet wird. Er muß dafür kämpfen, daß alle inneren Möglichkeiten und Reserven ausgenutzt werden, damit die Wirtschaft zusätzliche Ressourcen, der Staat größere Einkünfte und das Volk mehr Waren erhält. Unser Volk hat sich mit einem beispiellosen Schwung an die Arbeit gemacht, um den 6. Fünfjahrplan zu erfüllen, der die Wirtschaft und Kultur unseres Landes auf ein höheres Niveau heben, den Wohlstand der Massen weiter steigern und das Verteidigungspotential des Vaterlandes noch mehr verstärken wird. Die bisher in allen Bereichen erzielten Ergebnisse beweisen, daß die von der Partei gesteckten Ziele realistisch und vollständig erreichbar sind.



Genosse Enver Hoxha inmitten von Arbeitern und anderen Werktätigen.

Schon im ersten Jahr des Fünfjahrplans wurde das gesamte für den Bedarf des Landes notwendige Brotgetreide produziert, begann das Gießen unseres Roheisens und Stahls, begann die Erzeugung vieler Artikel, Ausrüstungen und Maschinen, die wir früher importierten, begann die Erschließung neuer Bergwerke und die Steigerung der Produktion von Mineralien. Trotzdem sind die Schwierigkeiten, die auf unserem Entwicklungsweg auftreten, nicht klein, existieren noch immer verschiedene Mängel und Nachlässigkeiten. Doch die Partei vertraut darauf, daß unsere Arbeiterklasse, alle unsere Werktätigen, diese wie bisher bezwingen und überwinden werden, daß sie sich mit hohem heldenmütigen Geist und Opferbereitschaft dafür einsetzen werden, den Plan nicht nur zu erfüllen, sondern auch zu überbieten. Unsere sozialistische Gesellschaft hat ein lebenswichtiges Interesse daran, daß die Produktionspläne in allen Kennziffern vollständig erfüllt werden. Das Erdöl, Chrom, Kupfer, die Steinkohle, das Eisennickel, die Elektroenergie, das Getreide und die Milch, die Ersatzteile und die Maschinen, die wir selbst produzieren, sind machtvolle Waffen in Händen der Arbeiterklasse und des Volkes, um die Wirtschaft und die Verteidigung des Landes zu stärken, um den Wohlstand des Volkes und das Wohlergehen des Vaterlandes zu erhöhen, um der Blockade standzuhalten und die Einkreisung zu durchbrechen.

Der Gewerkschaftsverband muß in der gesamten erzieherischen, organisatorischen und mobilisierenden Tätigkeit folgendes gut beachten: Die erfolgreiche Erfüllung der großen Aufgaben des 6. Fünfjahrplans verlangt, daß überall in revolutionärem Geist und mit proletarischer Disziplin, mit hoher Produktivität und Qualität gearbeitet wird, von allen die Leistungsnormen erfüllt werden, ein jeder das Allgemeininteresse des Staates und des Volkes über alles stellt, das Gemeineigentum geschützt und ununterbrochen verstärkt wird, auf jedem Gebiet und von jedem ein striktes Sparsamkeitsregime angewandt wird. Unser Volk baut den Sozialismus auf, eingekreist von wilden und heimtückischen Feinden, den Imperialisten und Revisionisten, die einen ständigen und allseitigen politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck auf unser Land ausüben. Sie bemühen sich, die Entwicklung unserer Wirtschaft zu behindern, die Diktatur des Proletariats zu zerstören und die Revolution in Albanien abzuwürgen.

Diese wütenden Bemühungen beantworten unsere Arbeiterklasse, alle Werktätigen von Stadt und Land unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei, indem sie ihre Einheit um die Partei noch mehr festigten, indem sie den leidenschaftlichen Patriotismus, der unser Volk kennzeichnet, noch mehr verstärkten, indem sie den Arbeitseinsatz, den Geist des Muts, der Selbstlosigkeit und der Entschlossenheit erhöhten, indem sie sich zur Verteidigung des Vaterlandes möglichst gut militärisch übten und ausbildeten. Sie beantworten sie, indem sie mit voller Überzeugung in der Produktion wie bei der Verteidigung das große revolutionäre Prinzip anwenden, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen.

Diese seltenen revolutionären Eigenschaften, diesen unerschütterlichen und unbezwingbaren Charakter unserer Menschen muß der Gewerkschaftsverband bei allen Werktätigen, den alten und den jungen, bei Frauen und Männern aufrechterhalten und pflegen. Das verstärkte Vertrauen in die Kraft der sozialistischen Ordnung und unserer Volkswirtschaft, die zunehmende Überzeugung, daß die tüchtigen Hände und das leuchtende Denken unserer Werktätigen das Unmögliche möglich machen, vervielfacht die Kräfte, um jedes Hindernis zu überwinden, um jede Schwierigkeit zu bezwingen. Das neue sozialistische Albanien hat heute eine starke materiell-technische Basis, eine entwickelte und stabile Wirtschaft, eine moderne Industrie und fortgeschrittene Landwirtschaft, ein Bildungswesen und eine Kultur der breiten werktätigen Massen. Es hat eine Arbeiterklasse und ein Volk mit hoher politischer und ideologischer Ausbildung, mit einem erhöhten technischen und fachlichen, kulturellen und Bildungsniveau. Das kommt in der Begabung unserer Arbeiter, Techniker und Ingenieure zum Ausdruck, die solche großartigen und komplexen Werke wie das Hüttenkombinat, das Wasserkraftwerk bei Fierza, das Werk zur kontinuierlichen Erdölverarbeitung und viele weitere Werke.

Doch das erreichte Stadium der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes und ihre Perspektiven verlangen, daß das allgemeine politische und ideologische Niveau der Werktätigen weiter erhöht wird, daß sie ihre Kultur und ihr Wissen erhöhen. Der Gewerkschaftsverband muß sich um diese Probleme kümmern, sich ohne an Kräften zu sparen für die Vertiefung der wissenschaftlich-technischen Revolution in allen Bereichen, für die Verbreitung der fortgeschrittenen Erfahrung einsetzen, damit unsere Werktätigen Neuerer der Produktion und Kämpfer für den sozialistischen Aufbau sind.

Heute sind die Völker der Welt, heißt es weiter, einem allseitigen Druck ausgesetzt, unterliegen ihre Freiheit und Unabhängigkeit einer ständigen Bedrohung und großen Gefahr, die sich aus der Aggressions-, Expansions- und Hegemoniepolitik des USA-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, der teuflischen Manöver der internationalen Bourgeoisie und der Intrigen der Weltreaktion ergeben. Gleichzeitig sind die imperialistischen Großmächte, die ganze bürgerlich-revisionistische Welt von einer allseitigen politischen und sozialen, Wirtschafts- und Finanzkrise erfaßt. Inflation, Produktionsrückgang, Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen usw. kennzeichnen diese in Dekadenz befindliche Welt. Die Bourgeoisie und ihre Herrschaftsapparate möchten aus der ernsten Lage herauskommen, indem sie die Ausbeutung und Unterdrückung im Inneren verstärken und auf Abenteuer nach außen aus sind. Dadurch haben sich die internationalen Spannungen verschärft, und hat die Be-

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

drohung für die Völker zugenommen.

Die Arbeiterklasse, die Kommunisten und Kader, die Jugendlichen und Frauen, die Genossenschaftsbauernschaft und unsere Volksintelligenz müssen ihre Aufgaben in engem Zusammenhang mit diesen Situationen sehen, danach streben, überall die Pläne zu erfüllen, die festgefügte Einheit des Volkes um die Partei, die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Wirtschaft und die Verteidigung des Vaterlandes zu festigen und stets den revolutionären Geist und die Kampfbereitschaft hochhalten.

Von der Partei im Geist des proletarischen Internationalismus erzogen, heißt es ferner in der Grußadresse, die Genosse Enver Hoxha im Namen des Zentralkomitees der PAA an den Kongreß gerichtet hat, verfolgen unsere Arbeiterklasse, alle unsere Werktätigen genau und mit großer Sympathie den Kampf, den das internationale Proletariat gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die Krise und die Gefahr des Faschismus, gegen das Wettrüsten und die Kriegsvorbereitungen der Supermächte führt. Sie freuen sich über die Erfolge, die die Völker der Welt bei ihren Bemühungen erringen, die Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen und zu erlangen, den Neokolonialismus zu vertreiben und ihre vollständige Souveränität über die nationalen Reichtümer herzustellen. Der Gewerkschaftsverband, der stets entschieden gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen die Monopolbourgeoisie, den modernen Revisionismus und die Reaktion kämpft, muß die internationalistische Solidarität unserer Werktätigen mit dem Kampf des Weltproletariats und der Befreiungsbewegung der Völker pflegen und noch mehr verstärken. Er muß all die unterstützen, die in der Welt für die Revolution und den Sozialismus, für Freiheit und Demokratie kämpfen.

Das Zentralkomitee der Partei bekundet die Zuversicht, daß die Arbeiten des 8. Kongresses des Gewerkschaftsverbandes und die Beschlüsse, die er fassen wird, seiner allseitigen Tätigkeit einen neuen Impuls geben, den Arbeitsschwung und Einsatz der Arbeiterklasse noch mehr verstärken und ihr revolutionäres Bewußtsein und Handeln weiter erhöhen werden.

Bericht des Genossen Rita Marco

Die Arbeiterklasse, der Gewerkschaftsverband Albaniens und alle Werktätigen unseres Landes, sagte Genosse Rita Marco, haben stets die korrekte und prinzipienfeste Linie der PAA, ihre Außenpolitik und ihre konsequente revolutionäre Haltung bei den internationalen Beziehungen unterstützt und treu angewandt. Die tiefgehende marxistisch-leninistische Analyse, die Genosse Enver Hoxha in seinem Bericht an den 7. Parteitag über die heutige internationale Lage und die revolutionäre Weltbewegung vornahm, die korrekte und prinzipienfeste Haltung der PAA zu allen Problemen, die die Völker heute beschäftigen, wappnen die Arbeiterklasse und alle werktätigen Massen Albaniens, damit sie die komplexen Erscheinungen der gegenwärtig auf der Welt vor sich gehenden Vorgänge gründlich verstehen, sich in jeder Situation zurechtfinden und die Interessen des sozialistischen Vaterlandes sowie die Interessen der Revolution und des Kampfes der Völker für Freiheit und Unabhängigkeit besser und nachdrücklicher verteidigen können.

Das gegenwärtige Weltgeschehen ist von einer noch nie dagewesenen Erweiterung und Vertiefung der revolutionären und Befreiungskämpfe gekennzeichnet.

Die zahlreichen Streiks, Demonstrationen, Kundgebungen und Protestaktionen der Werktätigen in den USA und Spanien, in Italien und Deutschland, in der Sowjetunion und Polen, in England, Japan und anderswo sind ein Beweis der machtvollen Verstärkung des Kampfes des Proletariats und der Erhöhung seines revolutionären Bewußtseins. Ein Charakteristikum dieser umfangreichen Klassenzusammenstöße besteht darin, daß die politischen Forderungen immer mehr in den Vordergrund treten. Der Schwung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse war weder durch brutale Gewalt der Bourgeoisie noch durch die Verrätertätigkeit der Sozialdemokraten, Revisionisten, Gewerkschaftsbonzen und anderen Opportunisten aufzuhalten. Beteiligten sich in den Jahren 1966-1970 270 Mio. Menschen an Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen, waren es in den Jahren 1971-75 315 Mio. In den kapitalistischen und revisionistischen Ländern zählt man derzeit Dutzende und Aberdutzende Millionen Arbeitslose neben Hunderten Millionen Hungernden und Kurzarbeitern.

In den von den faschistischen Militärdiktaturen, Handlangern des USA-Imperialismus, beherrschten Ländern wie in Brasilien, Chile, Bolivien, Indonesien, Südkorea sowie in Südafrika, Rhodesien und anderen Ländern, wo die Rassistenregime an der Macht sind, kämpft die Arbeiterklasse gegen den Terror und die brutale Gewalt. Sie verstärkt immer mehr ihr Streben nach Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie.

Die Erweiterung des revolutionären und Befreiungskampfes der Völker, die Vertiefung der allseitigen Krise, die heute die kapitalistische und revisionistische Welt heimgesucht hat, haben zur weiteren Verschärfung ihrer Widersprüche, zu gewaltigen Erschütterungen des gesamten kapitalistischen Systems geführt.

Die marxistisch-leninistische Klassenanalyse der gegenwärtigen internationalen Situation, die richtige Einschätzung des Kampfes des Proletariats und der unterdrückten Massen gegen Bourgeoisie und Imperialismus und der großen sozialen Widersprüche unserer Epoche bringen eindeutig die Richtigkeit der Schlußfolgerung des 7. Parteitages der PAA zum Ausdruck: Die Welt befindet sich in einer Phase, in der die Sache der Revolution und der nationalen Befreiung der Völker nicht nur ein Ideal und eine Perspektive ist, sondern auch ein Problem, das zur Lösung ansteht.

In ihrem revolutionären und Befreiungskampf, sagte Genosse Rita Marco ferner, stoßen das Weltproletariat, die freiheitsliebenden Völker und die fortschrittlich gesinnten Kräfte auf brutale und gefährliche Feinde und auf deren Ideologien und Organisationsformen.

Die beiden Supermächte — größte Feinde der Revolution, Freiheit und Unabhängigkeit der Völker

Vor allem stoßen sie auf die beiden Supermächte, den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, die die größten und gefährlichsten aggressiven Mächte sind, die die Geschichte je gekannt hat. Einzeln oder gemeinsam stellen sie den Hauptfeind der Revolution, der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker dar. Das Leben bestätigt täglich die von Genossen Enver Hoxha aufgestellte These, daß, sowohl wenn die beiden Supermächte zusammenarbeiten, als auch wenn sie rivalisieren, die Folgen ihrer Politik die Völker zu tragen haben. Daher stellen die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, die gleiche Gefahr für die Revolution, den Sozialismus und die Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen dar. Daher kann man sich niemals auf den einen Imperialismus stützen, um den anderen zu bekämpfen oder loszuwerden.

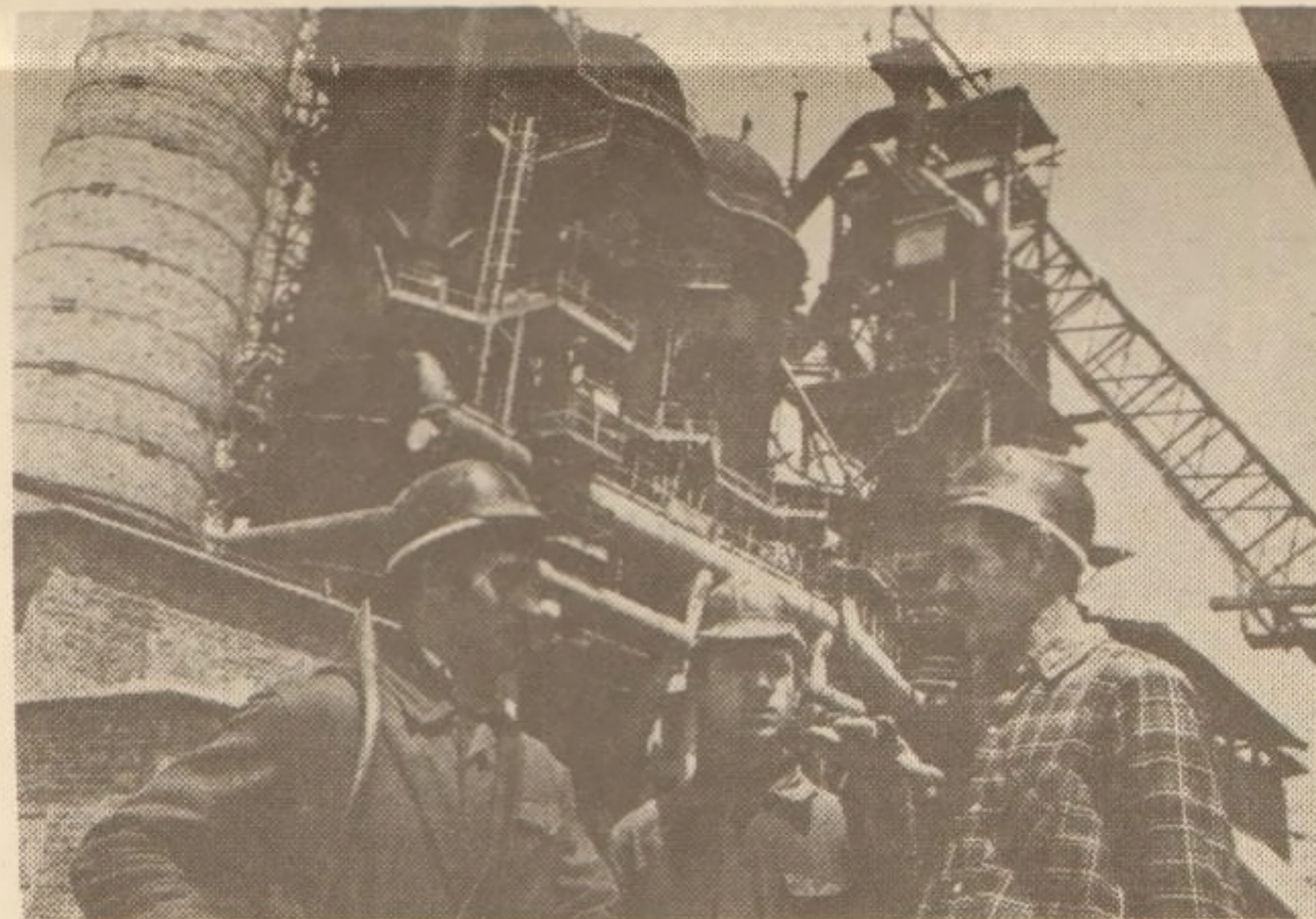
Der Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte, gegen den aggressiven NATO-Block und den Warschauer Pakt, gegen die monopolistischen und Ausbeuterorganisationen der EWG und des RGW, die Instrumente der Herrschaft, Expansion und des Hegemonismus der beiden Supermächte und der internationalen Bourgeoisie sind, ist also eine unerläßliche Bedingung, damit das Proletariat seinen Sieg erringen kann, die Völker sich befreien und ihre Unabhängigkeit und Souveränität verteidigen und festigen können.

Die grundlegende historische Aufgabe ist die Revolution

Heute sind auf der Welt verschiedene Konzepte, Thesen und Theorien in Umlauf wie die von der „gegenseitig abhängigen“ Welt, der Welt des „Südens“ und des „Nordens“, der „ersten“, „zweiten“ und der „dritten“ Welt usw. Diese Theorien sind schädlich und gefährlich, weil sie die grundlegenden Widersprüche unserer Zeit verschleiern, das Proletariat und die Völker von der Revolution abbringen, die ausgebeuteten und unterdrückten Massen vom Kampf gegen Imperialismus und Bourgeoisie abhalten und ihnen falsche Kampfstrategien und Taktiken anbieten.

In unserer Epoche ist die Revolution die grundlegende historische Aufgabe, die sich dem Proletariat und den Völkern der Welt stellt. Im Mittelpunkt der gegenwärtigen revolutionären Prozesse auf der Welt steht die Arbeiterklasse, und keine andere gesellschaftliche Kraft kann die hegemone Rolle des Proletariats spielen, seine historische Mission erfüllen. Seit ihrer Entstehung und bis heute war und bleibt die Arbeiterklasse die Triebkraft, die die Revolution vorantreibt, die das Rad der Geschichte vorwärtsdreht.

Die Befreiungsbewegungen der Völker spielen eine wichtige Rolle im Kampf für den Sieg der Weltrevolution. Sie sind enge Verbündete des Proletariats, sind große Reserven im Kampf gegen Bourgeoisie und Imperialismus. Diese Bewegungen schlagen die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des Imperialismus, der internationalen Monopolbourgeoisie und ihrer Handlanger an. Sie tragen dazu bei, das Kräfteverhältnis immer mehr zugunsten der Revolution zu verschieben. Die Arbeiterklasse der ganzen Welt unterstützt mit allen Kräften und Mitteln die antiimperialistischen und Befreiungskämpfe der Völker. Sie steht immer an der Seite all jener, die für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres eigenen Landes, für die Erhaltung und Verstärkung ihrer nationalen Souveränität kämpfen, und sie ist bis zuletzt mit ihnen solidarisch. Diese Unterstützung ist eine notwendige Bedingung für den Sieg der Revolution selbst und die Befreiung der Völker.



Seit Herbst letzten Jahres ist das albanische Volk selbst in der Lage, Stahl zu produzieren. Das ist ein bedeutender Sieg beim Aufbau des Sozialismus. Das Bild zeigt einen der Hochöfen des Eisenhüttenkombinats in Elbasan und einige der Arbeiter, die ihn gebaut haben.

Ideologien der Klassenversöhnung

Ein heftiger Kampf wird auf weltweiter Ebene heute auch im Bereich der Ideologie geführt. Um das Proletariat von seinem revolutionären Klassenkampf abzuhalten und ihm seine Perspektiven zu verfinstern, versuchen die bürgerlichen, revisionistischen und reformistischen Ideologien das kapitalistische System als „erneuert“ hinzustellen und veranstalten einen großen Rummel, um die angebliche „Entproletarisierung“ der kapitalistischen Gesellschaft, um die „Verbürgerlichung“ der Arbeiterklasse und ihr „Hineinwachsen“ in den Kapitalismus. Sie propagieren die sogenannte „gewerkschaftliche Demokratie“ und die „Mitbestimmung“ in den Betrieben, um den Eindruck zu erwecken, durch die Vertretung der Arbeiteraristokratie und der Gewerkschaftsbosse in den Aufsichtsräten der kapitalistischen Betriebe würden die Arbeiter angeblich zu Miteigentümern und Mitleitern. Dasselbe Ziel verfolgen auch die Theoretisierereien über die wissenschaftlich-technische Revolution, die die soziale Revolution angeblich unmöglich macht usw. usf.

Genosse Rita Marco unterstrich ferner, daß durch die Erscheinungen, die in der kapitalistischen Welt auftraten und mit denen die oben erwähnten Ideologen spekulieren wollen, sich an den Klassenverhältnissen nichts geändert hat, die Ausbeutung nicht beseitigt, der Antagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie nicht gemildert und auch die historische Notwendigkeit des Sturzes der Ausbeuterordnung, der Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft nichts verändert worden ist. Die Arbeiterklasse kann ihre historische Mission nur dann erfüllen, wenn ihre revolutionäre Partei an ihrer Spitze steht, die sich von den unvergänglichen Lehren des Marxismus-Leninismus und dem Internationalismus leiten läßt und eine proletarische Strategie und revolutionäre Taktik anwendet.

Zu einer Zeit, da die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen einen heftigen Kampf führen, um sich gegen die Versuche der Bourgeoisie zur Wehr zu setzen, die ihnen die Last der Krise aufhalsen will, unternehmen die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaften alle Anstrengungen und bedienen sich aller Mittel und Formen, um die Arbeiter zu beschwichtigen und die Klassenbewegung unter Kontrolle zu bringen. Mit den Parolen, die Krise sei eine „vorübergehende“ Erscheinung, die gleichermaßen Arbeiter wie Kapitalisten treffe und anderes Zeug, sind die Gewerkschaftsbosse offen zur Verteidigung der Interessen des Kapitals angetreten. Ein weiterer Ausdruck der Entartung der sogenannten Gewerkschaften revisionistischen, sozialdemokratischen und trade-unionistischen Typs ist auch ihre immer offenere Zusammenarbeit mit den Organismen des Unternehmertums und den bürgerlichen Regierungsinstitutionen. Zahlreiche Gewerkschaftsführer sitzen in hohen Instanzen der verschiedenen Staatsorgane und sind Sprecher der Monopole.

Die reaktionären Gewerkschaften sind inzwischen zu einem Terrain und Mittel der Expansionstätigkeit der beiden Supermächte in verschiedenen Regionen der Welt geworden. Durch verschiedene Besuche, Finanzhilfen, materielle Unterstützung, Ausbildung von Kadern und andere Formen versuchen der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus die Gewerkschaften in verschiedenen Ländern auszunutzen und in ihre Abhängigkeit zu bringen, damit sie sich ihrer als Mittel der Hegemoniepolitik bedienen können. Davon zeugt die Tätigkeit solcher internationalen oder kontinentalen Organisationen wie des Weltgewerkschaftsbundes, der ein Werkzeug der sowjetischen Sozialimperialisten ist, den Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, eines Instruments des USA-Imperialismus, oder des Europäischen Gewerkschaftsbundes, der eine Ausgeburt der EWG ist und im Dienst der großen Monopolbourgeoisie steht.

Der albanische Gewerkschaftsverband wird stets seine internationalistische Pflicht erfüllen

Der Gewerkschaftsverband Albaniens, der die Lehren der PAA und des Genossen Enver Hoxha anwendet, hat der Sache der Entwicklung und Festigung der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit mit fortschrittlichen und revolutionären Gewerkschaftsorganisationen auf antiimperialistischen Klassengrundlagen und auf der Grundlage der kämpferischen Solidarität besonderes Augenmerk gewidmet. Die Tatsache, daß der Gewerkschaftsverband Albaniens gegenwärtig Beziehungen zu einer großen Zahl nationaler und regionaler Gewerkschaften, zu Berufsverbänden und zahlreichen fortschrittlichen, revolutionären Gewerkschaftern in etwa 90 Ländern der Welt unterhält, beweist, daß die Arbeiterklasse, die Werktätigen unseres Landes und der Gewerkschaftsverband Albaniens zahlreiche Freunde und Verbündete auf der ganzen Welt haben. Die Arbeiterklasse und die Werktätigen unseres Landes werden stets dafür eintreten, die brüderliche Freundschaft mit dem großen chinesischen Volk und mit der heroischen Arbeiterklasse Chinas wie immer auf marxistisch-leninistischem Weg zu festigen.

Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen unseres Landes haben die antiimperialistischen Befreiungskämpfe der Werktätigen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und die Kämpfe ihrer fortschrittlichen Gewerkschaften aktiv unterstützt. Wir haben aus ganzem Herzen den großen Sieg der Völker Vietnams, Kambodschas und Laos begrüßt, und wir unterstützten machtvoll den Befreiungskampf der Völker Azanias, Simbabwes, Namibias und anderer gegen die Rassistenregime sowie den Kampf des palästinensischen Volkes für seine unbestreitbaren Rechte, den Kampf aller arabischen Völker für die Befreiung ihrer von den israelischen Zionisten besetzten Gebiete.

Die Werktätigen unseres Landes und der Gewerkschaftsverband Albaniens freuen sich über die Tätigkeit und die Erfolge der marxistisch-leninistischen Parteien, über ihre Anstrengungen, geeignetste Organisationsformen und Mittel der Arbeiterklasse entsprechend den konkreten Bedingungen eines jeden Landes zu finden, und sie begrüßen flammend diese Tätigkeit und diese Erfolge.

Die Arbeiterklasse unseres Landes und der Gewerkschaftsverband Albaniens, von der ruhmreichen PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze geführt, sagte abschließend Genosse Rita Marco, werden nach wie vor das Proletariat, die Revolutionäre, die Werktätigen und die Völker aller Welt in ihrem Kampf für den Triumph der Sache der Revolution und des Sozialismus, der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker machtvoll und aktiv unterstützen, stets an ihrer Seite stehen und so ihre internationalistische Pflicht erfüllen.

(Zwischenüberschriften von uns — RM).

Die vollständige Sendung von Radio Tirana über den 8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes erscheint in Nr. 13 von „Radio Tirana“, dem aktuellen Nachrichtenbulletin des einzigen sozialistischen Senders in Europa. (Erscheint 14tägig), Preis pro Heft 1,00 DM, Abonnements zu beziehen durch: ROTFRONT-Verlag, Postfach 3746, 2300 Kiel 1.

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Von Erdmassen verschüttet

Vor einiger Zeit passierte in einer Kleinstadt bei Bremen in einer Sandgrube ein Unfall, der zum Tode eines Kindes führte und viel Aufsehen und Empörung in der Bevölkerung hervorrief.

Wie war es zu dem Unfall gekommen?

Es gibt hier Sandablagerungen, die von verschiedenen Firmen in großem Maßstab ausgebeutet werden. Nach der Schule, an Wochenenden gehören die Sandgruben, die zum Teil durch niedrige Zäune, zum Teil nur durch Hinweisschilder „gesichert" sind, zu beliebten Treffpunkten und Spielstätten der Kinder aus den umliegenden Wohngebieten, wo es an geeigneten Spielplätzen mangelt. Das Spielen bei diesen Gruben ist aber wegen der oft 20 Meter senkrecht abfallenden Steilwände und der überhängenden Böschungskanten äußerst gefährlich. Vor einiger Zeit nun passierte es: Eine solche Steilkante rutschte ab und drei spielende Kinder wurden von den Sandmassen verschüttet. Zwei konnten sich mit Mühe befreien, das dritte konnte nur noch tot geborgen werden.

Dies löste Empörung und Proteste in der Bevölkerung aus, die so stark waren, daß sogar die CDU, die im Gemeinderat in der Opposition ist, den Antrag stellte, den Sandabbau in der gegenwärtigen Form zu untersagen. Denn um den größtmöglichen Profit bei geringstem Kostenaufwand zu erzielen, verfahren die betreffenden Kapitalisten so, daß sie mit Bulldozern den Sand am Grunde der Grube abfahren lassen, bis die Seitenwände einstürzen und so neuer Sand anfällt. Daß dabei Menschenleben gefährdet werden, kümmert sie nicht im geringsten. So ist denn auch, nachdem sich die erste Empörung der Bevölkerung gelegt hat, außer einem kaum meterhohen Maschendrahtzaun, der für Kinder kein Hindernis darstellt, nichts geschehen, um diese Gefahrenquelle zu beseitigen. Man dachte gar nicht daran, die Grubenkanten abzuschrägen und so die Unfallgefahr zu verringern. Denn das würde andere, kostenaufwendigere Förderungsmethoden erfordern, die den Profit schmälern würden. Dieser aber ist nicht nur den betreffenden Kapitalisten, sondern auch dem Gemeinderat wichtiger als die Sicherheit der Kinder.

Rot Front! Ein Genosse aus Bremen.

Kredithaie

Einer meiner Kollegen auf HDW in Kiel fühlte sich zu unsicher, um den Lohnsteuerjahresausgleich selbst anzufertigen. Außerdem brauchte er das Geld möglichst schnell. Er wandte sich also an eines der sogenannten „Steuerhilfeunternehmen".

Dort ging man kurz seine Angaben durch und meinte dann: „1.200 DM werden sie circa bekommen." Der Kollege freute sich. 80% der Summe wurden ihm dann gleich ausgezahlt. Dafür mußte er eine Quittung unterschreiben. Außerdem hatte er 45 DM im voraus zu zahlen, angeblich als Entgelt für ihre — fünf Minuten — Arbeit. „Egal", dachte er, Hauptsache, das Geld ist erst mal da."

Als der Kollege mir das erzählte, interessierte ich mich natürlich für dieses Büro und ließ mir deshalb von ihm auf der Arbeit die Quittung zeigen. Als ich sah, was der Kollege da unterschrieben hatte und ihm das klarmachte, fiel er aus allen Wolken: „Hiermit eröffnet der Unterzeichnende (mein Kollege) ein Kreditkonto bei der Westbank, Filiale Kiel", stand dort nämlich.

Die Leute hatten ihm also lediglich mit dem zu erwartenden Lohnsteuersatz bei der Bank gebürgt und ihm das Geld vorgeschossen. Nun muß der Kollege außer den 45 DM monatlich Zinsen, Bearbeitungsgebühren und sonstige Gebühren bezahlen. Wenn das Finanzamt entgegen den Berechnungen des Büros weniger Lohnsteuer zurückzahlt, dann muß der Kollege das Geld auch noch selbst zurückzahlen. Er hat dann weniger Geld als vorher! Man sieht also, mit was für Methoden die Banken an das letzte Geld des Arbeiters heranzukommen verstehen.

Rot Front! Ein Genosse aus Kiel.

Sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser

Am 28. 5. 77 wurde der Heidelberger Pädagogikstudent Hellmuth Kaiser, Mitglied der „Kommunistischen Hochschulgruppe" (Studentenorganisation des KBW) nach einer Demonstration der Soldaten- und Reservistenkomitees in München verhaftet. Weil er einen Lautsprecherwagen auf dem Marienplatz gefahren hatte, was das bayrische Innenministerium verboten hatte. Die Bourgeoisie hat folgende absurde Anklagepunkte gegen ihn zusammengebastelt: gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr, Widerstand, Körperverletzung, Unfallflucht (angeblich ist ein Polizist durch den Lautsprecherwagen verletzt worden), Unterschlagung (eine Uh. ist während der Demonstration gefunden und beim Lautsprecherwagen abgegeben worden, der Verlierer, der sich nicht gemeldet hatte, hat sich nach Hellmuths Verhaftung als Polizist herausgestellt). Seither sitzt Hellmuth in Untersuchungshaft, da bei ihm als „Überzeugungstäter, der für den Sturz der Bourgeoisie und für den Aufbau des Sozialismus kämpft", Fluchtgefahr bestehe. Doch damit nicht genug. Seit dem 10. Juni ist Isolationshaft für ihn angeordnet worden, d. h. Einzelhaft, keine Beteiligung am Umschluß, kein Besuch von Gemeinschaftsveranstaltungen, kein Radio, Besuch unter Einzelüberwachung, Überwachung der Verteidigergespräche. Wir fordern die sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser!

Erfolgreicher Stand auf dem Flohmarkt

Liebe Genossen der Redaktion!

Im April las ich in der Zeitung, daß bei uns in Moers ein Flohmarkt stattfinden sollte. Auf dem „Roter-Morgen"-Leserkreis machte ich den Vorschlag, daß man durch den Verkauf von altem Gerümpel die Partei unterstützen könnte.

Wir trafen uns am 4. April mit der Roten Garde auf dem Marktplatz von Moers. Von vielen Genossen und Freunden hatten wir Gerümpel gesammelt. Um 11 Uhr bauten wir unsere Stände auf. Dadurch, daß wir mit viel Begeisterung die Sachen verkauften, hatten wir schon am frühen Nachmittag unseren Stand leer und waren alle heiser. Insgesamt konnten wir durch unseren Flohmarkteinsatz 166,62 DM für die Partei spenden.

Gleichzeitig verkauften die Genossen nebenan viele „Rote Morgen", Rote-Garde-Zeitungen und sonstige marxistisch-leninistische Literatur und führten viele Gespräche.

Rot Front!
Eine Sympathisantin aus Rheinberg.

Parteiveranstaltung

Neumünster 2. 7., 16.00 Uhr, Jugendzentrum Friedrichstraße. Veranstaltung gegen die politische Unterdrückung

Schreibt den Genossen in Haft

Klaus Kercher, 7100 Heilbronn, JVA, Steinstr. 21
Alexander Haschemi, 8910 Landsberg, JVA, Hindenburgring 2
Martin Peleikis, JVA Neumünster, Boostedterstr. 30
Manfred Schönenberg, JVA Attendorn
Wolfgang Brod, JVA Münster

Ein neuer Roman im Rotfront-Verlag

Die Frauen-Miliz der Eintracht-Insel

Dieser Roman schildert den Klassenkampf auf einer kleinen Inselgruppe im südchinesischen Meer in den ersten Jahren nach der Befreiung Chinas. Helden des Romans sind die Mitglieder einer Einheit der chinesischen Volksmiliz, die von den Frauen der Insel gebildet wird. Diese Einheit entsteht und wächst im Kampf gegen die Provokationen und bewaffneten Angriffe der Tschiang-Kai-schek-Reaktionäre und ihrer amerikanischen Oberherren. Zugleich haben die Frauen der Eintracht-Insel mit zahlreichen Widerständen, alten Ideen, Sitten und Traditionen zu kämpfen, bis sie, geführt und ermutigt von der Kommunistischen Partei Chinas, sich ihren Platz als aktive und gleichberechtigte Teilnehmer am Aufbau des Sozialismus erobert haben. Der Roman macht dabei deutlich, welchen gewaltigen Sprung vorwärts die chinesischen Frauen, in der alten, halbfeudalen, halbkolonialen Gesellschaft doppelt unterdrückt, nach dem Sieg in der Revolution machten. Die Heldinnen des Romans leisten nicht nur einen großen Beitrag zum bewaffneten Kampf gegen die Sabotageakte und Angriffe der US- und Tschiang-Kai-schek-Banditen, Spezialagenten und ehemaligen Despoten, sondern sie lernen auch die Tricks und Verstellungen eines Volksfeindes, der sich auf der Insel eingeschlichen hat, zu durchschauen und reißen dem alten Schwindler, der sich als gerissener Konterrevolutionär erweist, die Maske vom Gesicht und vereiteln seine Pläne.

Der von einem chinesischen Autorenkollektiv geschriebene Roman erschien 1975 in englischer Sprache im Pekinger Verlag für fremdsprachige Literatur und wurde von Genossen Heinz Baron während seiner Haftzeit, die er wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag in München verbüßte, ins Deutsche übertragen.

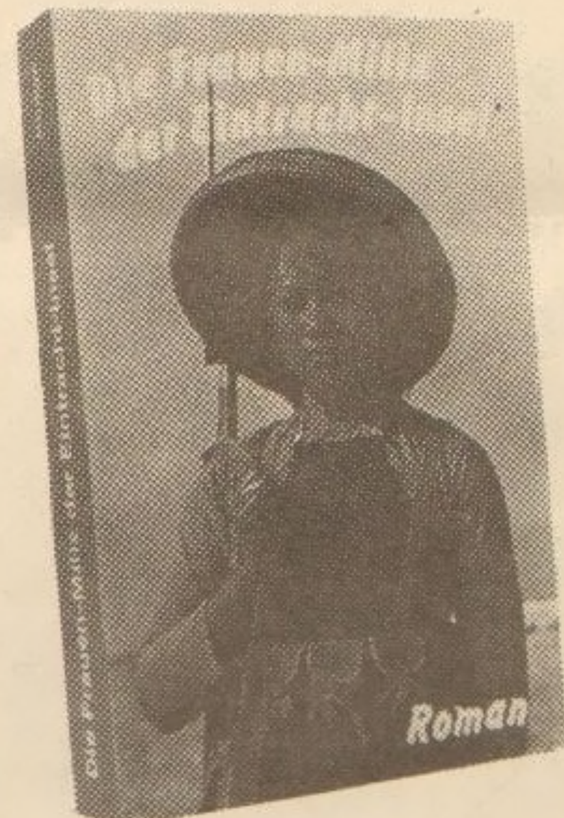
„Die Frauenmiliz der Eintracht-Insel", Rotfront-Verlag Kiel, 300 Seiten, DM 9,80.

Die Frauen-Miliz der Eintracht-Insel

Dieser Roman spielt in den ersten Jahren nach der Befreiung Chinas. Eine Einheit der Frauen-Miliz bewacht die Küste, vereitelt Sabotageakte von Agenten und ihren ehemaligen Unterdrückern

300 Seiten
Preis 9,80 DM

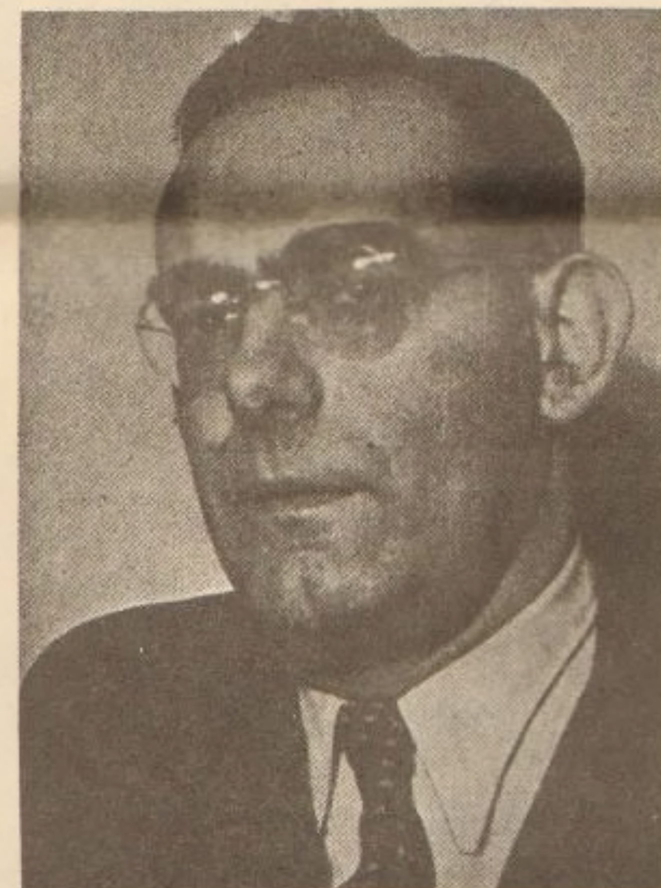
Zu bestellen bei:
ROTFRONT-Verlag,
Postfach 3746,
2300 Kiel 1



Gest. am 23.6.1957

Zum 20.Todestag von Louis Fürnberg

Am 23. Juni 1957 starb in Weimar der deutsch-tschechoslowakische Schriftsteller Louis Fürnberg. Sein Leben war nicht geradlinig. Er wurde als Sohn eines böhmischen Fabrikanten geboren, erlernte aber nach dem Besuch der Oberschule das Porzellanmacherhandwerk. Dabei begannen auch seine ersten Kontakte zu Arbeitern. Aus gesundheitlichen Gründen konnte er seinen Beruf nicht weiterführen und begann zu schreiben. Seine ersten literarischen Werke waren noch stark vom kleinbürgerlichen Bohemien-Stil beeinflußt. Aber es dauerte nicht lange, und Fürnberg trat in die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei ein. Von da an stellte er seine große schriftstellerische Begabung in den Dienst des Proletariats und seiner Partei. Unter dem Pseudonym „Nuntius" veröffentlichte er viele Gedichte, Lieder und Kantaten. Beim Einmarsch der Hit-



ler-Truppen in die Tschechoslowakei mußte Fürnberg in die Illegalität gehen und wurde beim Versuch, nach Polen zu flüchten, von der Gestapo verhaftet. Nachdem er aus dem Gefängnis befreit werden konnte, ging er ins Ausland und hielt sich von 1941-1946 in Palästina auf. In der Emigration leistete er sehr wertvolle Beiträge für die antifaschistische und revolutionäre Kulturfront. So war er ständiger Mitarbeiter von Zeitschriften wie die „Internationale Literatur", „Das Wort", „Einheit" u. a. Nach dem zweiten Weltkrieg siedelte er nach kurzem Aufenthalt in der Tschechoslowakei 1949 in die DDR über.

Verschiedene Lieder von Fürnberg, zu denen er auch die Melodien schrieb, wurden wirkliche Massenlieder, die der Arbeiterklasse und den Werktätigen immer erhalten bleiben werden. Sehr bekannt ist „Das Lied von der Partei", dessen Text von den modernen Revisionisten heute verfälscht wird in „Du hast ja ein Ziel vor Augen".

Das Lied der Partei

Sie hat uns alles gegeben,
Sonne und Wind, und sie geizte nie.
Und wo sie war, war das Leben,
und was wir sind, sind wir durch sie.
Sie hat uns niemals verlassen,
wenn die Welt fast erfror, war uns warm,
uns führte die Mutter der Massen,
es trug uns ihr mächtiger Arm.
Die Partei, die Partei, die hat immer Recht,
Genossen, es bleibt dabei!
Denn wer für das Recht kämpft, hat immer Recht,
gegen Lüge und Ausbeuterei.
Wer das Leben beleidigt, ist dumm oder schlecht,
wer die Menschheit verteidigt, hat immer Recht!
Denn aus Leninschem Geist
wächst, von Stalin geschweißt,
die Partei, die Partei, die Partei!

Sie hat uns niemals geschmeichelt,
sank uns im Kampf aber einmal der Mut,
dann hat sie uns leis nur gestreichelt:
„Zagt nicht!" — und gleich war uns gut.
Zählt denn noch Schmerz und Beschwerde,
wenn dem Guten das Gute gelingt,
wenn man den Ärmsten der Erde,
Freiheit und Frieden erzwingt.
Die Partei, die Partei, die hat immer Recht,
Genossen, es bleibt dabei!
Denn wer für das Recht kämpft, hat immer Recht,
gegen Lüge und Ausbeuterei.
Wer das Leben beleidigt, ist dumm oder schlecht,
wer die Menschheit verteidigt, hat immer Recht!
Denn aus Leninschem Geist
wächst, von Stalin geschweißt,
die Partei, die Partei, die Partei!

Sie hat uns alles gegeben,
Ziegel zum Bau und den großen Plan.
Und sprach: „Jetzt baut euch das Leben,
vorwärts, Genossen, packt an!"
Hetzen Hyänen zum Kriege,
bricht die Welt, die ihr baut, ihre Macht.
Dann zimmert das Haus und die Wiege,
Bauleute, seid auf der Wacht.
Die Partei, die Partei, die hat immer Recht,
Genossen, es bleibt dabei!
Denn wer für das Recht kämpft, hat immer Recht,
gegen Lüge und Ausbeuterei.
Wer das Leben beleidigt, ist dumm oder schlecht,
wer die Menschheit verteidigt, hat immer Recht!
Denn aus Leninschem Geist
wächst, von Stalin geschweißt,
die Partei, die Partei, die Partei!





Auf fünf Pressefesten, in Dortmund, Frankfurt, Stuttgart, Westberlin und Hamburg feierten weit über 2.000 Freunde und Genossen das 10jährige Bestehen des „Roten Morgen“. Links: Genosse Ernst Aust, der Begründer des „Roten Morgen“, während seiner Rede auf dem Pressefest in Dortmund. Rechts: Der Spielmannszug auf dem Hamburger Pressefest

Juni im Bild



Drei Wochen streikten die Kollegen der „Bremer Nachrichten“ und des „Weserkurier“ gegen die Kürzung ihrer übertariflichen Zulagen. Auch die Arbeiter anderer Bremer Druckereien solidarisierten sich mit dem Kampf der streikenden Arbeiter.



„Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit! KPD/ML“, diese Parole wurde innerhalb des Betriebes Mannes/Duisburg gemalt, nachdem weitere Kurzarbeit für die nächsten drei Monate angekündigt wurde



Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen in Westberlin, im Bild der Block der Partei



Gegen die Kürzung der Ausbildungsgehälter der Krankenpflegeschüler, Referendare und Rechtspraktikanten demonstrierten ca. 450 Menschen in Bremen



Auch in diesem Jahr führte die Rote Garde an vielen Orten wieder Pfingstzeltlager durch, an denen sich viele Jugendliche beteiligten.



Rechts: Bochumer Rotgardisten beim Gesang. Links: Bremer Rotgardisten vor ihren Sportübungen

'Zëri i Popullit' über den 24. Band der Werke Enver Hoxhas

Kämpfen wir für den Sieg des Marxismus-Leninismus!

Vor kurzem erschien der 24. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha. Im Zusammenhang damit veröffentlichte „Zëri i Popullit", Organ des Zentralkomitees der PAA, einen Artikel mit dem Titel „Kämpfen wir, solange unsere Herzen schlagen, für den Triumph des Marxismus-Leninismus!", den wir im Folgenden wiedergeben.

Die Reden, Artikel und Diskussionsbeiträge aus dem 24. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha, November 1962 bis Mai 1963, sind ein weiterer konzentrierter Ausdruck der politischen Linie der PAA, des unerbittlichen Kampfes, den sie gegen den Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze und den modernen Revisionismus mit dem sowjetischen an der Spitze geführt hat. Sie stellen andererseits eine weitere Klärung und Vertiefung des theoretischen Denkens über so wichtige Fragen dar, wie die sozialistische Revolution, den Befreiungskampf der Völker, Krieg und Frieden, die Notwendigkeit des gleichzeitigen Kampfes gegen Imperialismus und Revisionismus, die Prinzipien des proletarischen Internationalismus und anderes. Auch wenn bereits 14 Jahre vergangen sind, behalten die Materialien dieses Bandes ihre volle Aktualität, denn der moderne Revisionismus bleibt trotz der Schläge, die er erhalten hat, nach wie vor der Hauptfeind der revolutionären und kommunistischen Bewegung, eine große und ständige Gefahr für die Sache des Sozialismus. Sie sind ein weiterer Beweis der Richtigkeit der Generallinie der PAA, die voll und ganz den Interessen der Revolution und des Sozialismus in Albanien und in der ganzen Welt entspricht.

Bereits von dem Augenblick an, da die Chruschtschowsche Führungsgruppe einseitig die Meinungsverschiedenheiten vor aller Welt preisgab, die damals innerhalb der kommunistischen Bewegung ausgetragen wurden, wurde es jedem Marxisten-Leninisten klar, daß dieser offene Kampf, der den marxistisch-leninistischen Parteien aufgezwungen wurde, zu Ende geführt werden mußte, und daß jedes Abweichen und jeder Rückzug von ihm nur zum Vorteil der Chruschtschowschen und modernen Revisionisten wäre. **„Nicht erst jetzt, in den letzten drei Jahren"**, betonte Genosse Enver Hoxha damals, **„sondern bereits seitdem Nikita Chruschtschow an die Führung der sowjetischen Partei und des sowjetischen Staates kam, stellte die PAA fest, daß er einen antimarxistischen und antileninistischen Weg eingeschlagen hatte."** Ihre Bemerkungen und Ansichten zu dieser Frage hielt die Führung der PAA vor der sowjetischen Führung nicht geheim, sondern sie teilte sie ihr entsprechend den leninistischen Regeln und Normen mit.

Die prinzipienfeste Haltung der Führung der PAA beunruhigte die sowjetische revisionistische Führung sehr und regte sie sehr auf. Zusammen mit den Revisionisten der anderen Länder dokterten sie Lügenmärchen zusammen, heckten sie Pläne und Komplotte aus, um die PAA, diesen Brocken, der ihnen im Halse steckengeblieben war, loszuwerden. Sie ließen nichts unversucht, griffen zu wirtschaftlicher Sabotage, politischem Druck und militärischer Drohung. Sie redeten und schrieben über die sogenannte „albanische Frage", die, wie Genosse Enver Hoxha sagte, in dieser Form überhaupt nicht existierte, sondern ein Aspekt des Kampfes zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem modernen Revisionismus ist, mit der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung zusammenhängt, mit der Frage, auf welchem Weg sich diese Bewegung entwickeln muß, auf dem des Marxismus-Leninismus oder auf dem des Revisionismus.

In den Aufsätzen und Reden dieses Bandes betont Genosse Enver Hoxha erneut die Notwendigkeit, den Kampf gegen den modernen Revisionismus zu Ende zu führen. Er sagt: **„Wenn die wirklich kommunistischen Parteien und die wirklichen Revolutionäre nicht überall in der Welt die modernen Revisionisten entlarven, werden diese Terrain gewinnen. Gegen die Revisionisten müssen wir unbedingt entschlossen kämpfen."** Und er rief dazu auf: **„Kämpfen wir, solange unsere Herzen schlagen, für den Triumph des Marxismus-Leninismus!"** In dem gemeinsamen Kampf gegen den modernen Revisionismus, den Chruschtschow-Revisionismus im besonderen, wurde die Freundschaft der PAA mit der Kommunistischen Partei Chinas weiter gefestigt, die, wie Genosse Enver Hoxha betont, einen zutiefst revolutionären Inhalt hat und auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus aufgebaut ist.

Um ihre Zusammenarbeit mit dem Imperialismus und der Bourgeoisie und ihre Kapitulation vor ihnen zu rechtfertigen, sagten und sagen die modernen Revisionisten und alle Opportunisten, die Zeiten hätten sich „geändert", die Chefs des Imperialismus seien „vernünftig" geworden, der USA-Imperialismus habe „seine Zähne verloren", die Siege des Sozialismus und des Befreiungskampfes der Völker seien so groß, daß sie den Imperialismus zwängen, den Kurs des Friedens zu steuern usw. usf. Genosse Enver Hoxha weist diese Illusionen und Betrügereien von ihnen zurück. Er sagt, daß zwar der Imperialismus nicht mehr imstande sei, dafür zu sorgen, daß sich in der Welt alles nach seinem Wunsch entwickelt, doch das heißt nicht im geringsten, daß sich seine Natur geändert hat, daß er nicht mehr aggressiv ist, daß er besänftigt werden kann und ihm Ratschläge gegeben werden können.

Aus den Artikeln von Genossen Enver Hoxha geht klar hervor, daß die für die Imperialisten und Sozialimperialisten schwierigen Situationen die Völker mit ihrem revolutionären Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus schaffen und nicht die verschiedenen bürgerlichen und revisionistischen Chefs, wenn sie auch mehrere Widersprüche untereinander haben. **„Die Völker"**, sagt Genosse Enver Hoxha, **„müssen nicht nur wachsam sein und sich vorbereiten, damit sie jeder Aggression und Intervention des Imperialismus insgesamt und des amerikanischen Imperialismus im besonderen gewachsen sind, sondern auch bereit sein zur Revolution, zur Eroberung der Staatsmacht. Die Chruschtschowschen Ansichten über den Imperialismus akzeptieren"**, fährt er fort, **„heißt die Wachsamkeit der Völker mindern, den revolutionären Schwung und den Kampf der Arbeiterklasse für den Sturz des Kapitalismus und die Eroberung der Staatsmacht durch sie abwürgen, die sozialistische Revolution leugnen."** In entschlossener Verteidigung des Marxismus-Leninismus betont er, daß die wirklichen Marxisten-Leninisten und Revolutionäre sich überall in der Welt auf die gewaltsame Eroberung der Staatsmacht vorbereiten müssen, daß der Weg der revolutionären Gewalt nicht nur den Sieg der Revolution sicherstellt, sondern auch im Kampf der Völker, um den Imperialismus an der Entfesselung des Krieges zu hindern, große Vorteile hat. Die PAA betrachtet den Weltkrieg nicht als unausweichliches Verhängnis. Der Kampf gegen den Imperialismus und Revisionismus ist niemals von der proletarischen Revolution zu trennen. Der Kampf gegen den Imperialismus ist nicht vom Kampf gegen den Revisionismus zu trennen und umgekehrt.

„Der 24. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha", heißt es ferner in dem Artikel der Zeitung „Zeri i Popullit", „zeigt erneut völlig eindeutig, daß die PAA die nationale Befreiungsbewegung der Völker gegen den Imperialismus als eine der größten Bewegungen unserer Zeit betrachtet hat, die die Positionen des Imperialismus untergräbt, seinen Herrschaftsbereich schwächt und einengt, als einen großen Verbündeten und eine starke Stütze für den revolutionären Kampf der internationalen Arbeiterklasse und für alle sozialistischen Länder. Die PAA hat den revolutionären antiimperialistischen Kampf für nationale Befreiung, Freiheit, Unabhängigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt nicht nur unterstützt, sondern ist stets der Ansicht gewesen, daß die internationalistische Hilfe ihm gegenüber eine internationalistische Pflicht der wirklich sozialistischen Länder und des Weltproletariats ist. Diese Hilfe kann nur echt, wirksam und konsequent sein, wenn der Imperialismus und Sozialimperialismus bedingungslos bekämpft werden.

Während sie den antiimperialistischen Kampf der Völker konsequent verteidigte, entlarvte die PAA die Theorien der jugoslawischen und anderen Revisionisten über die „Blockfreiheit", die „Politik des Gleichgewichts", über den Kampf für den Frieden als „wichtigster Bedingung des Kampfes für den Sozialismus". Diese Theorien, deren Ziel es ist, die Völker in Passivität und schließlich in den Schoß der imperialistischen Mächte zu treiben. N. Chruschtschow warf der PAA und allen, die auf diese Weise gegen den USA-Imperialismus kämpften, vor, sie gäben „bombastische Erklärungen" ab und würden „überflüssige Schimpfkanonaden" loslassen, die dem Imperialismus keinerlei Schaden zufügten. Die Zeit hat jedoch voll und ganz bewiesen, daß nicht die allseitige Entlarvung und der heftige Kampf gegen den Imperialismus und seine Pläne zur Versklavung der Völker, sondern die Illusionen ihm gegenüber, die Zusammenarbeit und Küsserei mit ihm zum Verrat am Kampf der revolutionären Völker der Welt und all derer führen, die vom Imperialismus und Sozialimperialismus bedroht werden.

Im Mittelpunkt des Kampfes, den die PAA und Genosse Enver Hoxha auch in dieser Zeit führten, stand die offene und allseitige Entlarvung des Chruschtschowschen Sowjetrevisionismus. Denn der Sowjetrevisionismus als Revisionismus an der Macht beseitigte nicht nur rasch die Errungenschaften des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion und führte sie zum Sozialimperialismus, sondern verübte auch den größten Anschlag und das größte Verbrechen am internationalen Proletariat, am revolutionären Kampf und am Sozialismus in allen Ländern. Die Konzentrierung des Hauptschlags auf den Sowjetrevisionismus hinderte die PAA niemals daran, einen entschlossenen und prinzipienfesten Kampf gegen den Revisionismus im allgemeinen, besonders gegen seine verbreitetsten und seine gefährlichsten Strömungen zu führen. Der Kampf gegen den jugoslawischen Revisionismus war damals wie heute eine Demarkationslinie, die die wirklichen Marxisten-Leninisten von den falschen trennte. Die Nachkriegsbeschlüsse, die kollektiv von der internationalen kommunistischen Bewegung getroffen worden waren, sowie die, die N. Chruschtschow und seine Gruppe auf der Moskauer Beratung der 81 Parteien 1960 gezwungen waren zu unterzeichnen, und die offen und unzweideutig den jugoslawischen Revisionismus brandmarkten, wurden brutal und entgegen jeder leninistischen Norm und jedes leninistischen Prinzips verletzt. Die Annäherung, Zusammenarbeit und schließlich die Verschmelzung der modernen Revisionisten mit den jugoslawischen Revisionisten war seit Jahren behutsam und beharrlich vorbereitet worden, denn es mußte eine revisionistische Einheitsfront geschaffen werden. **„Dies geschah"**, hob Genosse Enver Hoxha hervor, **„nicht, weil die jugoslawischen Revisionisten sich geändert hatten, sondern weil sich die Haltung Chruschtschows und seiner Gruppe geändert hat, die auf die Positionen des Revisionismus übergegangen sind."**

Für N. Chruschtschow und seine Gruppe waren die Worte über den modernen Revisionismus als Hauptgefahr der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu einer hohlen Phrase verkommen. Nicht nur gegen den jugoslawischen Revisionismus, sondern auch gegen den Revisionismus überhaupt hatte er praktisch jeden Kampf eingestellt. Die konterrevolutionären Ansichten des italienischen revisionistischen Führers P. Togliatti hatten damals auch außerhalb Italiens Verbreitung gefunden. Die bürgerliche Presse war ihr größter Propagandist. Doch die Revisionisten, die sich selbst Kommunisten und Marxisten-Leninisten nannten und die an der Führung der Partei in der Sowjetunion und in vielen anderen Ländern waren, taten, als merkten sie es nicht. Im Gegenteil! Mit ihrem Schweigen, mit ihren Verbindungen und Umarmungen bereiteten sie den italienischen und allen anderen Revisionisten in den kapitalistischen Ländern den Weg.

Als Genosse Enver Hoxha den revisionistischen Kurs der italienischen revisionistischen Führer analysierte, der sich eindeutig in den Thesen äußerte, die sie zu ihrem damaligen Parteitag vorbereitet hatten, schrieb er: **„Was für einen Wert können schon die Polemiken der Führer der Kommunistischen Partei Italiens mit der italienischen Bourgeoisie haben, wenn sie sich bei wesentlichen Fragen angepaßt haben und künftig noch mehr anpassen werden? Sie werden zu Handlangern des USA-Imperialismus verkommen und zwar in einer Art, wie es auch die Führer der italienischen Großbourgeoisie sind."** Die Zeit hat völlig bewiesen, wie genau diese Analyse zutraf.

Die bürgerliche Presse selbst betont heute in Europa und Amerika immer mehr, daß es durchaus nicht dramatisch für die USA ist, wenn die „eurokommunistischen" Parteien, damit meinen sie vor allem die Revisionistencliquen Berlinguers, Marchais' und Carrillos, an die Macht kommen, sondern es sei zu ihrem Vorteil, denn die „eurokommunistischen" Parteien haben inzwischen die „Prüfung der Demokratie" bestanden, ihre Führer sind „ernsthaft" und „vertrauenswürdig", wenn sie von der Erhaltung der NATO und dem „politischen Pluralismus" reden. Tagtäglich legen sie Beweise ihrer Treue gegenüber dem Kapital ab. Carrillo, spanischer Chefrevisionist, erklärte öffentlich, daß „die von Franco geschaffene Monarchie demokratisch und nützlich für Spanien ist"! Er beschloß, die Fahne der spanischen Republik fallenzulassen, und nahm die Fahne des spanischen Faschismus in die Hand. Jeder Tag bestätigt das, was Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA gesagt hat, daß die modernen Revisionisten von der Forderung nach Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie dazu übergingen, selbst Bourgeois zu werden, sie sind jetzt Verfechter der bürgerlichen Ordnung, Soldaten der Konterrevolution.

„Das Auftreten des modernen Revisionismus", betont Genosse Enver Hoxha, **„zeigte, daß viele alte kommunistische Parteien innerlich verfault waren."** Doch die wahren Revolutionäre erhoben sich mutig zum Kampf, sie überwanden zahllose Hindernisse und Schwierigkeiten und waren in zahlreichen Ländern gezwungen, mit ihrem Blut den Weg zu bahnen für die Bildung und Konsolidierung der neuen marxistisch-leninistischen Parteien, die heute die wahren Parteien der Revolution und des Sozialismus in der Welt sind.

Aus aller Welt

SOZIALISTISCHE VOLKSREPUBLIK ALBANIEN

Kürzlich fand in Albanien die 6. Tagung der 8. Legislaturperiode der Volksversammlung statt. Auf dieser Tagung wurde das neue Strafgesetzbuch der SVR Albanien, ein Gesetz über den Militärdienst in den Streitkräften diskutiert und verabschiedet. Die Verabschiedung des neuen Strafgesetzbuches hat im ganzen Land Freude und Begeisterung ausgelöst, weil es eine starke Waffe in den Händen der Arbeiterklasse ist, um die Diktatur des Proletariats, die Partei der Arbeit als einzig führende Kraft des Staates in der Gesellschaft, das sozialistische Eigentum, die Rechte und Interessen der Bürger gegen sozial gefährliche Taten zu schützen.

SOZIALISTISCHE VOLKSREPUBLIK ALBANIEN

Kürzlich besuchte auf Einladung des ZK der PAA eine Delegation der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) unter Leitung des Sekretärs des ZK Eduardo Pires Albanien. Die Delegation besuchte verschiedene Teile des Landes und führte Gespräche mit dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PAA, Ramiz Alia.

NORDIRLAND

Nordirische Patrioten haben kürzlich eine Reihe Angriffe auf englische Truppen durchgeführt. Dabei sprengten sie am 16. 6. 77 unter anderem einen Beobachtungsposten der englischen Besatzungstruppen in Belfast in die Luft, wodurch dort großer Sachschaden entstand.

THAILAND

Das thailändische Volk verstärkt seinen Befreiungskampf gegen das herrschende Regime und gegen den US-Imperialismus. Das zeigen vor allem Aktionen der letzten Zeit im Nordosten des Landes. Im nordöstlichen Bangkok führten die Patrioten machtvolle Aktionen gegen Militärposten durch, überfielen eine feindliche Militärstreife in Udon Than, brannten eine Garage der Polizei in der Provinz Sisaket nieder, zerstörten einen weiteren Militärposten in der Provinz Nakhon Si Thanmarat usw. Alle diese Aktionen zeigen, daß der bewaffnete Kampf des thailändischen Volkes für seine nationale und soziale Befreiung immer mehr anwächst.

RHODESIEN

Die herrschende Clique in Salisbury billigte in letzter Zeit Verordnungen über „Gesetz und Ordnung". Durch sie erhalten die Polizei- und Militärtruppen freie Hand, jedermann ohne Gerichtsverhandlung unbegrenzt in Haft zu halten. Außerdem erhalten sie das Recht, landwirtschaftliche Erzeugnisse zu beschlagnahmen oder zu vernichten, damit die Einwohner der ländlichen Gebiete die simbabwischen Patrioten nicht unterstützen können. Aber alle diese reaktionären Maßnahmen können den Kampf der Patrioten nicht ersticken. Das zeigen unter anderem die Aktionen, die am 14. Juni durchgeführt wurden. Dabei legten die Patrioten einer Streife der Rassistentruppen in der Umgebung von Salisbury einen Hinterhalt, töteten zwei Soldaten und verwundeten etliche andere. Eine andere Einheit der Patrioten griff einen Polizeiposten im Norden des Landes an. Ein Offizier wurde getötet, drei Soldaten verletzt. In einem von den simbabwischen Patrioten herausgegebenen Kommuniqué, in dem die Bilanz der Erfolge gezogen wird, wird die Entschlossenheit bekundet, den Kampf gegen das Rassistenregime Salisburys zu Ende zu führen. Das Kommuniqué ruft die Bevölkerung auf, den Kampf der Patrioten zu unterstützen und allen Unterdrückungsmaßnahmen der Rassisten noch stärkeren Widerstand entgegenzusetzen.

JAPAN

In Japan erschien kürzlich der Bericht des Genossen Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA in japanischer Sprache. In einem Artikel des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Japans (Linke) wird aus diesem Anlaß auf die Bedeutung des Berichts für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft hingewiesen und betont, daß dieser Bericht eine wichtige Waffe im Kampf gegen sozialchauvinistische Strömungen ist, die predigen, daß heute der Vertrag der japanisch-amerikanischen Sicherheit nicht bekämpft werden müsse, daß vielmehr der sowjetische Revisionismus der Hauptfeind des japanischen Volkes sei.

ALBANIEN/PORTUGAL

Die Regierung der SVR Albanien und die Regierung von Portugal kamen überein, zwischen beiden Ländern diplomatische Beziehungen herzustellen und diplomatische Vertreter im Rang von Botschaftern auszutauschen.

PALÄSTINA

Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA hat vor kurzem einen Aufruf der palästinensischen Widerstandskämpfer veröffentlicht. Darin wird hervorgehoben, daß Israel derzeit eine Demonstration seiner Truppen durchführt, den Frieden bedroht und seine Entschlossenheit bekundet, nicht von seiner expansionistischen Strategie abzulassen. Tel Aviv verstärkt neben der Errichtung von neuen Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten die Streitkräfte und beruft die Reservisten ein. Die an der Grenze zum Libanon massierten israelischen Truppen beschießen laufend die palästinensischen Lager und Einrichtungen. „Unter diesen Bedingungen", heißt es in dem Aufruf, „müssen die arabischen Länder die Unterstützung für den palästinensischen Widerstand verstärken in dem Kampf, den er gegen die Ziele der Zionisten, die eine Bedrohung für die gesamte arabische Welt darstellen, leistet." Zugleich kam es in den von den israelischen Zionisten besetzten Städten Nablus, Jenin, Tulkarem, Ramallah und anderen zu erneuten Protestdemonstrationen gegen die Errichtung neuer zionistischer Siedlungen und gegen den faschistischen Terror der israelischen Besatzer gegen die arabische Bevölkerung. Zwischen den Demonstranten und der zionistischen Armee und Polizei kam es dabei zu heftigen Kämpfen, in deren Verlauf die Polizei das Feuer eröffnete, um die Demonstranten auseinanderzutreiben. Bei ihren Aggressionen gegen die arabischen Völker werden die israelischen Zionisten nicht nur vom USA-Imperialismus, der ihnen haufenweise Waffen und Dollars liefert, unterstützt, sondern auch von den sowjetischen Sozialimperialisten. Wie bekannt wurde, betrug die Zahl der aus der Sowjetunion ausgewanderten Juden im letzten Jahr 14.000, d. h. 1.000 mehr als 1975. Diese zunehmende Auswanderung bedeutet nichts anderes als eine Unterstützung der israelischen Aggressionstruppen durch die russischen Sozialimperialisten.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Raoul Marco

Über den Begriff '3. Welt'

„Vanguardia Obrera", das Zentralorgan der KP Spaniens/ML hat in seiner Monatsausgabe vom Mai 1977 einen Artikel des Genossen Raoul Marco, Sekretär des Zentralkomitees der Partei, über die „Theorie der drei Welten" veröffentlicht. In seinem Artikel, den wir im folgenden auszugsweise und zusammengefaßt wiedergeben, enthüllt Genosse Raoul Marco den opportunistischen Charakter dieser Theorie, die auf den Verrat an der Revolution, die Kapitulation vor dem Imperialismus und die Zusammenarbeit mit der reaktionären Bourgeoisie hinausläuft.

In dem Artikel wird hervorgehoben, daß der Ausgangspunkt für die Einschätzung der Lage in der Welt, für die Bestimmung der Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien nach wie vor die vier wesentlichen Widersprüche unserer Epoche sind:

„1. Der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern.

2. Der Widerspruch zwischen den unterdrückten Völkern und Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits.

3. Der Widerspruch zwischen den imperialistischen Ländern und dem sozialimperialistischen Land und zwischen den imperialistischen Ländern selbst.

4. Der Widerspruch zwischen den sozialistischen Ländern einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits."

„Diese Widersprüche genau zu kennen und sie jederzeit im Auge zu behalten ist wichtig, ja sehr wichtig", heißt es in dem Artikel weiter, „um fehlerhafte Analysen zu vermeiden, die in opportunistische Positionen münden können, so wie wir sie von solchen pseudo-marxistisch-leninistischen Gruppen her kennen, wie die von Vilar in Portugal und anderen von derselben Sorte. Das kommt ganz klar zum Ausdruck in der sogenannten ‚Theorie der dritten Welt'."

Wenn die Opportunisten von der „3. Welt" reden, so stellen sie diese Länder als eine homogene Einheit hin, wobei sie den Klassencharakter der in diesen Ländern herrschenden Regime vertuschen. Bei ihnen werden sogar die reaktionären Regime, die die Klasseninteressen der Ausbeuteroligarchien und des Imperialismus verkörpern, zu Kämpfern gegen den Imperialismus.

Was ist nun von der Behauptung zu halten, daß die „3. Welt" im Kampf gegen die beiden Supermächte die Hauptkraft sei? Was davon, wenn die Einteilung der Welt in drei Teile zum Ausgangspunkt für die Strategie und Taktik der Marxisten-Leninisten gemacht wird?

„Das erste ist", schreibt Genosse Raoul Marco, „daß in diesen Ausführungen ... die grundlegenden Widersprüche unserer Epoche ihren entscheidenden Charakter verlieren. Das zweite, daß der Ausgangspunkt jeder marxistisch-leninistischen Analyse jederzeit und überall die Analyse der Klassenwidersprüche und des Klassenkampfes als Grundlage hat. Umgekehrt verwischt man das Prinzip, daß der **Klassenkampf der Motor der Geschichte ist** oder läßt es beiseite und verschwinden. Dieses Prinzip ist in jedem Land und in jeder Zone der Welt anwendbar, unabhängig davon, welches Regime oder welche Regime vorherrschen. Das heißt: Die Hauptkraft wird immer die **internationale Arbeiterklasse** im stetigen Aufstieg sein und nicht eine Gruppe von Ländern, die außerdem in vielen Fällen Regime sich widersprechenden Charakters haben." Die sogenannte „3. Welt" kann außerdem schon allein deshalb nicht die Hauptkraft im Kampf gegen die beiden Supermächte sein, „weil die Mehrheit der Regierungen dieser Länder Lakaien der einen oder der anderen Supermacht sind und sich unter deren politischer Herrschaft befinden."

Die Opportunisten leugnen aber nicht nur die führende Rolle der Arbeiterklasse sondern auch den Kampf der unterdrückten Völker, wenn sie von der „3. bzw. der 2. Welt" als einer Gruppe von Ländern sprechen, die sich beide gegen die Supermächte zusammenschließen müßten.

„Diese Ausführungen zu akzeptieren", heißt es in dem Artikel von Raoul Marco, „hieße, daß die erzreaktionären Regierungen Lateinamerikas konsequente Kämpfer gegen den US-Imperialismus und seinen Hegemonismus wären. Von da aus bis zum Klassenverrat ist nur noch ein kleiner Schritt. So können wir sehen, wie manche sich in große Verirrungen verwickeln, wie z. B., wenn sie zum Bündnis und zur Unterstützung der eigenen reaktionären Bourgeoisie aufrufen ... und zum Bündnis mit deren Klassenarmeen aufrufen unter dem Vorwand, ‚sich beiden Supermächten entgegenzustellen'."

„Unserer Meinung nach", betont Genosse Raoul Marco, „hat die Bourgeoisie ihre Natur nicht geändert. Es ist zwar richtig, daß wir ihre Widersprüche zu den beiden Supermächten und unter ihnen selbst ausnützen und vertiefen müssen, dies kann aber niemals dahin führen, die Klassennatur der Bourgeoisie aus dem Auge zu verlieren." Was die Bourgeoisie der unterdrückten Länder angeht, so stellte schon Lenin 1920 fest, daß sie zwar die nationalen Bewegungen sehr oft unterstützt, „aber gleichzeitig im Einvernehmen mit der imperialistischen Bourgeoisie, d. h., zusammen mit ihr alle revolutionären Bewegungen und revolutionären Klassen bekämpft." Und weiter: „Die Kommunistische Internationale muß ein zeitweiliges Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie der Kolonien und der zurückgebliebenen Länder eingehen, darf sich aber nicht mit ihr verschmelzen, sondern muß unbedingt die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung — sogar in ihrer Keimform — wahren." Die Verfechter der „Theorie der drei Welten" propagieren nicht nur die Zusammenarbeit des Proletariats der imperialistischen Länder mit seiner „eigenen" Bourgeoisie, sie vertuschen auch den Klassencharakter der nationalen Bourgeoisie in den vom Imperialismus unterdrückten Ländern und führen damit den Kampf der Völker dieser Länder für ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus in die Sackgasse.

Genosse Raoul Marco verteidigt in seinem Artikel den marxistisch-leninistischen Standpunkt, daß die beiden Supermächte in gleicher Weise der Hauptfeind der Revolution, des Sozialismus und des nationalen Befreiungskampfes sind. Gegen die Behauptung, daß der sowjetische Sozialimperialismus der Hauptfeind der Völker sei, heißt es in dem Artikel: „Folgte man dieser Theorie, so folgte daraus, daß selbst das nordamerikanische Volk an **erster Stelle** gegen die UdSSR kämpfen müßte und nicht gegen die eigene Bourgeoisie (die US-Supermacht), die einen großen Teil der Welt kontrolliert und beherrscht, die Aggressions- und Ausplünderungskriege gegen Korea, Vietnam, Kampuchea usw. entfachte. Folglich müßten die lateinamerikanischen Völker an erster Stelle gegen die russischen Sozialimperialisten kämpfen und nicht gegen den US-Imperialismus, der ja gerade derjenige ist, der die Diktaturen von Pinochet in Chile, von Videla in Argentinien, von Geisel in Brasilien ... errichtete und stützt. Und wir Spanier müßten von der monarchofaschistischen Diktatur, die Franco hinterließ, absehen; von der Tatsache, daß in unserem Land 30 US-Militärbasen und mehr als 30.000 Soldaten existieren; davon, daß die Wirtschaft des Landes zu 90% von den USA abhängt..."

Die Behauptung vom „Hauptfeind Sowjetunion" dient den Opportunisten dazu, die Kapitulation vor dem amerikanischen Imperialismus und sogar die Zusammenarbeit mit ihm zu propagieren. Demgegenüber heißt es in dem Artikel von Genossen Raoul Marco: „Aber wir verurteilen nochmals die opportunistische Praxis, sich auf die eine Supermacht zu stützen, um die andere zu bekämpfen." Wer der Hauptfeind der Revolution in einem Land ist, muß jeweils konkret analysiert werden, gegen ihn muß der Hauptschlag gerichtet werden. Wenn in einem Land eine der beiden Supermächte der Hauptfeind ist, muß man natürlich auch die andere anprangern und darf nicht aufhören, sie zu bekämpfen.

„Bei der Entwicklung der Logik ihrer Standpunkte", heißt es in dem Artikel von Genossen Raoul Marco, „gelangen die Opportunisten dazu, die EWG, die dazu bestimmt ist, das Proletariat und die werktätigen Massen Europas und die Völker der Welt barbarisch auszubeuten, zu beschönigen; ebenso den NATO-Militärblock unter dem Kommando der USA — unter dem Vorwand, sie würden sich gegen den RGW (ebenso raubgierig wie die EWG) und den Warschauer Pakt-Militärblock unter dem Kommando der UdSSR wenden."

Um die Prinzipien des Marxismus-Leninismus gegen die Opportunisten zu verteidigen, ruft Genosse Raoul Marco am Schluß seines Artikels dazu auf, die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus aufmerksam zu studieren und hebt die besondere Bedeutung des Berichtes hervor, den Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens gehalten hat.

Neuerscheinung



Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt — Heft 8:
Es lebe die ruhmreiche Kommunistische Partei Brasiliens. Dokumente zum Kampf der KP Brasiliens anläßlich des 55. Jahrestages ihrer Gründung und des 15. Jahrestages ihrer Reorganisation
Preis DM 3,00
Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 50 05 68, Tel.: 040 / 3 90 29 59

Bauern in Lateinamerika

Kampf für Freiheit und Land

Wie alle anderen unterdrückten Schichten der Bevölkerung dieses Kontinents, kämpfen auch die lateinamerikanischen Bauern gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch den Imperialismus und die einheimischen Ausbeuterklassen. Sie kämpfen für Freiheit und Boden. In zahlreichen lateinamerikanischen Ländern, die von reaktionären und faschistischen Regimen beherrscht werden, haben sich die Bauern zu machtvollen Aktionen erhoben. Oft münden diese in bewaffnete Kämpfe mit der Polizei und der Armee.



Einige „Posseiros" (Bauern ohne oder mit wenig Land, die ihre Heimat verlassen haben und Brachland besetzt haben) von Santa Helena im Staate Paranà, die 1970 mit den Waffen in den Händen den Kräften der Repression trotzten und ihr Land verteidigten

So hat z. B. eine Gruppe von Bauern im Gebiet von Rondenia, Brasilien, Angestellte eines kapitalistischen Betriebes angegriffen, weil sie ihr Land besetzen wollten. Auch auf einer Farm im brasilianischen Bundesstaat Parana kam es zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen Bauern und zwei Polizisten, die die Interessen der Grundbesitzer verteidigten. Dabei wurden die beiden Polizisten getötet.

Auch in Nikaragua kämpfen die Bauern für ihre legitimen Rechte. Erschreckt von dem Ausmaß der Bewegung griffen die einheimischen reaktionären Kreise zu Gewalt und Terror, um den Kampf der Bauern zu unterdrücken. So wurden bei einem Massaker der Polizei und der Armee in dem Dorf Varilla über 40 Bauern getötet. Aber die Bauern von Nikaragua lassen sich weder durch Gewalt noch durch Terror einschüchtern und setzen ihren Kampf fort.

Auch in Bolivien entwickelt sich der Kampf der Bauern, und die Bewegung erstarkt mehr und mehr. Wie die KP Boliviens/ML in ihrem Zentralorgan „Liberacion" feststellt, „sind die Bauern eine wichtige Kraft im revolutionären Kampf der Massen und haben eine große Bedeutung für den Sieg der Revolution im Land."

Der Kampf der Bauern für Freiheit und Land breitet sich immer mehr aus, weil die Bauern erkennen, daß die herrschenden Ausbeutercliquen und der Imperialismus niemals freiwillig ihren Grundbesitz und ihre Privilegien aufgeben. Sie tun im Gegenteil ihr Äußerstes, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und die Bauernmassen auszubeuten. Während sie alles mögliche versprechen und von Reformen schwätzen, um die Bauern zu betrügen und ihre wachsende Unzufriedenheit zu besänftigen, rauben sie ihnen gewaltsam das Land wie in Kolumbien, vertreiben sie ganze Indianerstämme aus ihrer Heimat wie in Brasilien oder verwandeln das Land der Bauern in Flugplätze und Militärstützpunkte wie in Puerto Rico und Paraguay.

Trotz des brutalen Terrors erweitert sich die kämpferische Bewegung der lateinamerikanischen Bauern von Tag zu Tag mehr. Die Bauern verstehen immer besser, daß keines der Probleme, für dessen Lösung sie kämpfen, in einem Land verwirklicht werden kann, in dem es Unterdrükkung gibt und der Faschismus herrscht. Die Probleme der Bauern können nur durch den Sturz der Ausbeuterordnung, durch einen entschlossenen kompromißlosen Kampf gelöst werden.

Aber diese Aufgabe, die die Geschichte der Arbeiterklasse übertragen hat, können die Bauern nicht allein erfüllen. Nur wenn ein starkes Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft unter der Führung der wahren marxistisch-leninistischen Parteien hergestellt ist, können wirkliche Erfolge und Siege erzielt werden.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Der'Bund der Kommunisten'

Die erste deutsche Kommunistische Partei

Vor 130 Jahren wurde im Sommer 1847 unter der Führung von Karl Marx und Friedrich Engels in London die erste kommunistische Partei des deutschen und internationalen Proletariats, der „Bund der Kommunisten" gegründet. Sein Programm, das von Karl Marx und Friedrich Engels verfaßte „Kommunistische Manifest" ist noch heute die Grundlage des revolutionären Kampfes der Arbeiter aller Länder für ihre Befreiung vom Joch der kapitalistischen Ausbeutung und die Schaffung einer neuen, sozialistischen Gesellschaft, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt.

Kaum gegründet, hatte der „Bund der Kommunisten" seine erste große Bewährungsprobe zu bestehen. Im Februar 1848 brach in Paris die Revolution aus und kurz darauf auch in Deutschland. Die im Exil lebenden Bundesmitglieder gingen zunächst nach Paris und kehrten dann in ihre deutsche Heimat zurück, um sich am revolutionären Kampf der Volksmassen zu beteiligen. Die Zentralbehörde des „Bundes" wurde nach Köln verlegt. Zwei Jahre später, im März 1850 schrieben Marx und Engels über diese Zeit: „In den beiden Revolutionsjahren 1848/49 hat sich der Bund in doppelter Weise bewährt; einmal dadurch, daß seine Mitglieder an allen Orten energisch in die Bewegung eingriffen, daß sie in der Presse, auf den Barrikaden und Schlachtfeldern voranstanden in den Reihen der allein entschieden revolutionären Klasse des Proletariats. Der Bund hat sich ferner dadurch bewährt, daß seine Auffassung der Bewegung ... als die einzig richtige sich erwiesen hat ..." (Ansprache der Zentralbehörde an den Bund, MEW Seite 244).

Der „Bund der Kommunisten" war, auch wenn er nur sieben Jahre existierte, die erste selbständige Klassenorganisation der deutschen Arbeiterklasse. Im Gegensatz zu der alten idealistischen Losung „Alle Menschen sind Brüder" seiner Vorgänger erklärte er den Klassenkampf des Proletariats, der revolutionären Klasse der Gesellschaft, gegen die Bourgeoisie zur entscheidenden Triebkraft die die Geschichte vorwärtstreibt.

Immer wieder hoben Marx und Engels hervor, daß sich die Arbeiterklasse unabhängig und selbständig organisieren muß, um ihren Befreiungskampf siegreich führen zu können. So erklärten sie in der Ansprache der Zentralbehörde an den Bund, im März 1850, die die Erfahrungen des Kampfes des Bundes in den Revolutionsjahren von 1848/49 zusammenfaßte, daß der Bund „unabhängig von bürgerlichen Einflüssen" sein muß und daß „die Arbeiterpartei also möglichst selbständig auftreten muß, wenn sie nicht wieder wie 1848 von der Bourgeoisie exploitiert (ausgenutzt — RM) und ins Schlepptau genommen werden soll."

Als der Bund 1852 aufgelöst wurde, hatte er nicht nur entscheidend zur Verbreitung der revolutionären Ideologie des Proletariats in Deutschland beigetragen, sondern auch die Grundlagen für die I. Internationale gelegt, die nicht nur das Kommunistische Manifest zu ihrem Programm machte, sondern an deren Spitze auch zahlreiche Mitglieder des Bundes, darunter auch Karl Marx und Friedrich Engels, standen.

Das Kommunistische Manifest wurde zum gemeinsamen Programm des revolutionären Proletariats von Sibirien bis Amerika. Sein Schlachtruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" wurde zum Kampfruf des internationalen Proletariats über alle Schranken der Nationen hinweg und ist es bis heute geblieben.

Das Programm des „Bundes der Kommunisten" formulierte zum erstenmal die historische Rolle der Arbeiterklasse, die als einzig entschieden revolutionäre Klasse der modernen Gesellschaft berufen ist, mit dem revolutionären Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung zugleich auch ein für allemal die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen und eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit einzuläuten.

So sind für uns Kommunisten auch heute noch die berühmten Schlußworte des „Kommunistischen Manifests" verpflichtend:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. *Proletarier aller Länder vereinigt euch!*"

Und wie sozial dieser Staat sein kann!

Wir haben selten Gelegenheit, auch einmal etwas Positives über die „Sozialleistungen" dieses Staates zu berichten. Nun, da sich uns eine Gelegenheit dazu geboten hat, wollen wir sie nicht ungenützt vorbeigehen lassen. Wie man nämlich kürzlich in der Zeitschrift „Stern" lesen konnte, hat sich dieser Staat in einer Weise, die man nicht anders als großzügig nennen kann, der Probleme von mindestens zwei Mietern angenommen.

Dem einen Mieter wurde mit einem staatlichen Zuschuß so unter die Arme gegriffen, daß er jetzt nur noch 1,6% seines Einkommens für die Miete ausgeben muß; der andere zahlt zwar trotz der Zuschüsse noch 2,7% seines Einkommens für die Miete, aber immerhin! Wer die glücklichen Nutznießer dieser „Sozialleistungen" sind? Es handelt sich um den Staatssekretär Peter Hermes (offizielles Gehalt 11.000 DM monatlich), der dank 583 DM Zuschuß nur noch 174,22 DM für 252 Quadratmeter Wohnfläche zahlt und um den Staatssekretär Gehlhoff, der dank 977 DM Zuschuß nur noch 298,84 DM für 318 Quadratmeter Wohnfläche zahlt.

Wie man sieht, kann dieser Staat also sogar sehr sozial sein. Dann nämlich, wenn es nicht um die Werktätigen geht, sondern um Vertreter der Bourgeoisie.

Freiheit für die türkischen Patrioten!

Seit fast drei Wochen werden in Dortmund sechs fortschrittliche Türken in Haft gehalten. Schwerbewaffnete Polizisten hatten sie in ihren Wohnungen verhaftet. Dabei wurden unter anderem Bücher von Marx, Engels und Lenin mitgenommen. Angeblich sollen diese sechs Türken eine Veranstaltung von türkischen Revisionisten in der Dortmunder Innenstadt überfallen haben. In Wirklichkeit hielten sich fünf der Verhafteten zum Zeitpunkt der Revisionistenveranstaltung überhaupt nicht in der Dortmunder Innenstadt auf; der „Überfall" des einzigen, der bei der Veranstaltung anwesend war, bestand darin, daß er auf der Straße eine türkische Zeitung verkaufte!

Aber diese Tatsachen interessieren weder Staatsanwalt noch Richter. Sie interessiert allein das Wort der türkischen Revisionisten, die diese fortschrittlichen Türken bei der Polizei anzeigten, sie interessiert allein, daß diese Türken aus ihrer antifaschistischen und revolutionären Gesinnung kein Hehl machen. Wobei noch anzumerken bleibt, daß der Richter, der die Haftbefehle gegen die sechs fortschrittlichen Türken ausstellte, Mitglied einer Dortmunder D„K"P-Initiative gegen Berufsverbote ist . . .

Arbeitertreff:
Donnerstag, 30. 6. 19.00 Uhr, „Haus Möllmann".

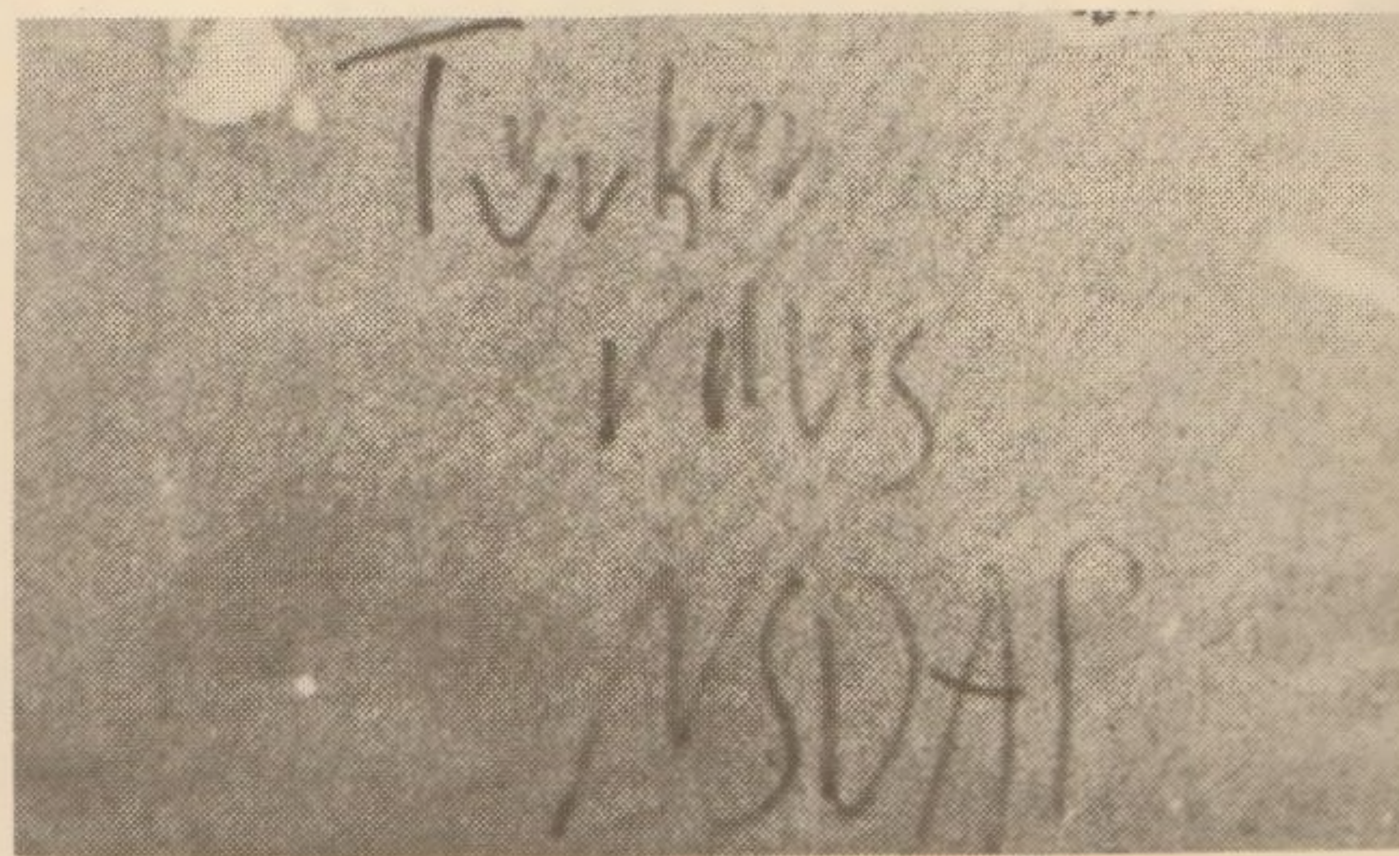
Protest - Demonstration:
Samstag, 2. 7. 77, 12.00 Uhr, Dortmund, Nordmarkt

Rekorde beim Kaffeepreis

Rund 15-16 DM muß man heute für ein Pfund Bohnenkaffee bezahlen. Allein im letzten Jahr ist der Kaffeepreis um ca. 37% gestiegen. Die bürgerliche Presse bemüht sich, diese Wucherpreise mit schlechten Ernten in Lateinamerika, mit einer Kaffeeknappheit auf dem Weltmarkt also, zu erklären. In Wirklichkeit ist es aber keineswegs so, daß der Kaffee knapp, der Weltmarktpreis also hoch und das Pfund Kaffee im Laden deshalb so teuer ist. Im Gegenteil. Der Kaffeepreis hat auf dem Weltmarkt einen Tiefstand erreicht. In der letzten Woche z.B. lag er unter 2.000 engl. Pfund pro Tonne. Das Pfund Kaffee kostete die großen Kaffeeröstereien also nicht mehr als ca. 2 DM! In Wirklichkeit betreiben die Kaffeeröstereien aufgrund ihrer Monopolstellung also an zwei Fronten ihre Ausplünderungspolitik: gegenüber den Werktätigen der Kaffee exportierenden Länder, denen ein Niedrigstpreis diktiert wird und gegenüber den Werktätigen hier, denen Wucherpreise abverlangt werden.

Angriffe auf Parteibüros der KPD/ML

In der letzten Woche kam es zu Angriffen und Provokationen gegen drei Parteibüros der KPD/ML. In Bremen schmierten Faschisten der NSDAP „Türken raus, NSDAP" und ein Hakenkreuz an den Fensterladen des Parteibüros und rissen Wandzeitungen ab. In Westberlin wurde auf die Rückfront des Parteibüros geschossen. In Frankfurt rückte die Polizei mit ca. 15 Mann und Hunden an, um eine Wandzeitung im Schaufenster des Parteibüros gegen den Polizeiterror „sicherzustellen". Die Polizei kündigte wegen der Wandzeitung gegen den Besitzer des Parteibüros, das gleichzeitig ein Buchladen ist, eine Anzeige wegen „Volksverhetzung" an.



Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do 9-13 und 15-18, Di und Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.